

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1996

Januar
Februar
März
April
Mai
Juni
Juli
August
September
Oktober
November
Dezember

Inhalt

Landtagswahlen 1947 bis 1991	43	Neben der Entwicklung des Landeswahlrechts vom Verhältniswahlrecht mit starren Listen zur personalisierten Verhältniswahl werden die Ergebnisse der Wahlen zum Landtag Rheinland-Pfalz seit Bestehen des Landes dargestellt.
Die Nichtwähler	52	Seit Anfang der 80er Jahre ist in zunehmendem Maße bundesweit der Verzicht von Bürgern auf ihr Wahlrecht, dem wichtigsten Element politischer Partizipation in einer parlamentarischen Demokratie, zu beobachten. Der Beitrag versucht, die Gruppe der rheinland-pfälzischen Nichtwähler anhand individueller und kollektiver Merkmale aus der amtlichen Statistik zu durchleuchten.
So wohnen ältere Menschen	60	In jedem vierten rheinland-pfälzischen Haushalt leben Personen im Alter von 65 und mehr Jahren. Der Beitrag informiert über die Wohnsituation älterer Menschen im Vergleich zur übrigen Bevölkerung.
Anhang	17*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	23*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Rentner und Pensionäre zahlen durchschnittlich geringere Quadratmetermieten

Zum Zeitpunkt der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe (30. September 1993) gab es in Rheinland-Pfalz 1 541 600 Haushalte als Inhaber von Wohnungen. Davon hatten 416 600 Haushalte (27 %) einen Haushaltsvorstand im Alter von 65 oder mehr Jahren.

Von diesen lebten 227 600 Haushalte in Wohneigentum (54,6 %) und 189 000 (45,4 %) als Hauptmieter in Mietwohnungen. Bei einer für alle Mieter errechneten Durchschnittsmiete von 8,69 DM je Quadratmeter Wohnfläche zahlten Senioren im Alter von 65 bis 70 Jahren im Schnitt 8,13 DM je Quadratmeter, bei den 70- bis 75jährigen waren es 7,88 DM und bei den über 75jährigen 8,06 DM je Quadratmeter. Auch alleinstehende Personen über 65 Jahre hatten mit 8,06 DM (Frauen) bzw. 8,08 DM (Männer) eine 7 % niedrigere Miete je Quadratmeter als der Durchschnitt aller Haushalte. Die höchsten Quadratmetermieten zahlten Personen unter 25 Jahren mit 10,16 DM.

Für die Wohnung hatten Rentner und Pensionäre eine monatliche Kaltmiete von im Schnitt rund 535 DM aufzubringen, das entspricht einer Mietbelastung je Haushalt in Höhe von 24 % des Einkommens. Jüngere Bevölkerungsgruppen hatten pro Monat durchweg höhere Mieten in einer Spannbreite von 560 DM (bis 25 Jahre) und gut 718 DM (40- bis 50jährige) zu entrichten. hes

Mehr über dieses Thema auf Seite 60.

Leichter Zuwachs an genehmigten Betriebs- und Verwaltungsgebäuden

Während der Wohnungsbau 1995 gegenüber dem Vorjahr Einbußen zu verzeichnen hatte, gab es im Bereich Nichtwohnbau einen Zuwachs an Genehmigungen von 2,5 %.

Von den 2 064 genehmigten neuen Gebäuden waren 1 145 nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude (1994: 1 126), 486 landwirtschaftliche Betriebsgebäude (470), 216 Sonstige Nichtwohngebäude (229), 198 Büro- und Verwaltungsgebäude (172) und 19 Anstaltsgebäude (17). Die veranschlagten reinen Baukosten beziffern sich 1995 auf 2,1 Mrd. DM bei einer geplanten Gesamtnutzfläche von knapp 1,6 Mill. Quadratmeter. Im Vorjahr hatten die Bauherren geringfügig weniger an Nutzfläche geplant (1,54 Mill. Quadratmeter), die Baukosten hatten mit rund 2,3 Mrd. DM höher gelegen.

Einschließlich der genehmigten Baumaßnahmen an bestehenden Nichtwohngebäuden sollen insgesamt 3 633 Bauvorhaben mit einer Investitionssumme von 2,9 Mrd. DM (1994: 3,05 Mrd. DM) realisiert werden. Gegenüber 1994 (3 430) ist das ein Zuwachs von fast 6 % bei den Gebäuden und ein Rückgang von rund 5 % bei den Baukosten, obwohl je Baumaßnahme wie im Vorjahr rund 540 Quadratmeter an neuer Nutzfläche geschaffen werden. hes

Rückgang im Wohnungsbau: 4 000 Gebäude und 9 900 Wohnungen weniger genehmigt

Im Jahre 1995 genehmigten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden die Errichtung von insgesamt 32 776 Wohnungen. Gegenüber 1994 ist das ein Rückgang um 23 %. Der Wohnungsneubau ging um 25 % zurück. Im Zuge von Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden sind 12 % weniger Wohnungen projektiert.

Im Vorjahresvergleich wurden 25 % weniger Einfamilienhäuser zum Bau freigegeben. Gemessen an der Zahl der Wohnungen ging das Interesse an Zweifamilienhäusern um 31 %, das an Mehrfamilienhäusern um 21 % zurück.

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau 1994 und 1995 nach Gebäudearten

Berichtsmerkmal	1994	1995	Veränderung in %
Errichtung neuer Gebäude			
Wohngebäude mit ...			
1 Wohnung	8 634	6 488	- 24,9
2 Wohnungen	3 558	2 440	- 31,4
darin Wohnungen	7 116	4 880	- 31,4
3 und mehr Wohnungen	3 110	2 387	- 23,2
darin Wohnungen	21 106	16 694	- 20,9
Wohnheime	20	6	- 70,0
darin Wohnungen	754	210	- 72,1
Wohngebäude insgesamt	15 322	11 321	- 26,1
darin Wohnungen	37 610	28 272	- 24,8
Nichtwohngebäude	2 014	2 064	2,5
darin Wohnungen	542	545	0,6
Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden			
Baumaßnahmen/Wohngebäude	21 364	16 964	- 20,6
Wohnungen in Wohngebäuden	41 854	31 325	- 25,2
Wohnungen in Wohn- u. Nichtwohngebäuden insgesamt	42 656	32 776	- 23,2

kurz + aktuell

Der im Jahre 1995 geplante Wohnungsneubau von 15 Mill. m³ Rauminhalt bzw. 2,7 Mill. m² Wohnfläche reduzierte sich gegenüber 1994 um jeweils 24 %. Die dafür veranschlagten reinen Baukosten belaufen sich auf gut 6,4 Mrd. DM gegenüber fast 8,2 Mrd. DM im Jahre 1994. hes

91 800 Führerscheinprüfungen

Die technischen Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr in Rheinland-Pfalz führten im ersten Halbjahr 1995 knapp 91 800 Fahrerlaubnisprüfungen durch. Das sind 1 % weniger als im ersten Halbjahr 1994.

Knapp 78 % aller Prüfungen dienten dem Erwerb einer Fahrerlaubnis der Klasse 3 (Pkw), 16 % entfielen auf die Klassen 1a und 1b (Motorräder und Leichtkraft-räder) und 4,7 % auf die Klasse 2 (Lkw).

Jede achte theoretische und jede sechste praktische Prüfung war eine Wiederholungsprüfung. Rund 16 % der theoretischen Erstprüfungen und 26 % der Wiederholungsprüfungen wurden nicht bestanden. Bei den praktischen Prüfungen fielen im ersten Anlauf 21 % und im zweiten Anlauf 31 % der Fahrschüler durch. gr

Unfallbilanz 1995: Seit 1950 niedrigste Zahl an Verkehrstoten

Nach vorläufigen Ergebnissen der Straßenverkehrsunfallstatistik ereigneten sich 1995 auf rheinland-pfälzischen Straßen 110 771 Verkehrsunfälle. Bei 92 990 Unfällen entstand Sachschaden, bei 17 781 Personenschaden. Insgesamt verunglückten 24 075 Verkehrsteilnehmer, davon 429 tödlich, 5 897 wurden schwer und 17 751 leicht verletzt. Damit wurde die niedrigste Zahl an Verkehrstoten seit 1950 ermittelt. Damals waren

Straßenverkehrsunfälle in Rheinland-Pfalz 1995

Unfälle Verunglückte	1994	1995	Veränderung %
	Anzahl		
Unfälle	110 957	110 771	-0,2
mit Personenschaden	17 941	17 783	-0,9
mit Getöteten	404	395	-2,2
darunter auf Autobahnen	52	55	5,8
mit nur Sachschaden	93 016	92 990	-0,0
Verunglückte insgesamt	24 486	24 075	-1,7
Getötete	457	429	-6,1
darunter auf Autobahnen	70	61	-12,9
Schwerverletzte	6 122	5 897	-3,7
Leichtverletzte	17 907	17 751	-0,9

453 Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben gekommen.

Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden lag um 0,9 % unter dem Vorjahresergebnis. Die Zahl der Schwer- und Leichtverletzten ging um 3,7 bzw. 0,9 % zurück, die der Getöteten um 6,1 %. Unter den Getöteten befanden sich 271 (14 weniger als 1994) Fahrer und Mitfahrer von Personenkraftwagen, 70 (3 weniger) Benutzer von motorisierten Zweirädern, 30 (2 mehr) Radfahrer und 47 (5 weniger) Fußgänger. schm

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Januar 1996

Indexbezeichnung	1991=100	Veränderung zu Januar 1995 in %
Früheres Bundesgebiet¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	113,1	1,4
davon		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	108,9	0,8
Bekleidung, Schuhe	108,9	0,8
Wohnungsmieten	123,4	3,5
Energie (ohne Kraftstoffe)	98,2	-3,6
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	110,6	1,4
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	111,6	1,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	114,4	1,9
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	110,5	0,9
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	118,9	0,8
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	113,4	1,3
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	113,3	1,5
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfangern mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	113,9	1,2
Deutschland²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	115,5	1,5

1) Gebietsstand vor dem 3.10.1990. - 2) Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Landtagswahlen 1947 bis 1991

Entwicklung des Wahlrechts und Wahlergebnisse

1947 bis 1987 Verhältniswahl mit starren Listen

Die Abgeordneten des Landtags Rheinland-Pfalz wurden bis 1987 nach der Verhältniswahl mit starren Listen in Wahlkreisen gewählt. Jeder Wähler hatte eine Stimme, die er für einen der zur Wahl gestellten Kreiswahlvorschläge im ganzen abgeben konnte. Die einem Kreiswahlvorschlag zugefallenen Sitze wurden in der listenmäßig von der Mitglieder- oder Vertreterversammlung der jeweiligen Partei oder Wählervereinigung festgelegten Bewerberreihenfolge zugeteilt. Die Landesverfassung hatte bis dahin dem Gesetzgeber verwehrt, das Landeswahlrecht stärker zu personalisieren und damit den Wahlberechtigten mehr Einflußmöglichkeiten auf die personelle Zusammensetzung des Landtags einzuräumen, weil sie zwingend die Wahl in Wahlkreisen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vorschrieb und die Zahl der Abgeordneten auf 100 festlegte, die in Wahlkreisen mit einer festgelegten Zahl von Mandaten gewählt wurden.

Die Entscheidung des Verfassungsgebers für die Verhältniswahl in Wahlkreisen bedeutete ein Votum gegen ein Mehrheitswahlrecht, aber zugleich auch den Verzicht auf die größtmögliche Ausschöpfung des Proporz, wie sie für eine reine Verhältniswahl typisch ist. Ein möglichst genaues Verhältnis von Stimmenanteilen und Sitzverteilung ist nämlich nur erreichbar, wenn das gesamte Wahlgebiet die räumliche Einheit bildet, auf die sich der Proporz beziehen soll.

Die weitere Ausgestaltung des Wahlrechts und damit die Entscheidung über Zahl und Größe der Wahlkreise sowie den Berechnungsmodus der Sitzverteilung hatte die Verfassung dem Gesetzgeber überlassen.

Bis 1971: Problematischer Zuschnitt der Wahlkreise – Sitzverteilung nach Wahlschlüssel

Bei der ersten Landtagswahl im Jahre 1947 bildete jeder der damaligen fünf Regierungsbezirke einen Wahlkreis. Diese Einteilung entsprach der im Verfassungsentwurf berücksichtigten regionalen Gliederung, führte aber zwangsläufig zu einer unterschiedlichen Größe der Wahlkreise und damit auch der Mandatszahlen. So waren im kleinsten, dem Wahlkreis Montabaur, 8, im größten, der Pfalz, 35 Abgeordnete zu wählen.

1951 wurden die beiden größten Regierungsbezirke in je zwei Wahlkreise aufgeteilt, der Regierungsbezirk Koblenz in einen Nord- und Südteil und der Regierungsbezirk Pfalz in einen vorder- und westpfälzischen Wahlkreis. In den sieben Wahlkreisen waren nunmehr zwischen 8 und 19 Sitze zu vergeben. Diese Einteilung galt bis 1967, das heißt für die Wahlen vom Zweiten bis Sechsten Landtag. Für die Landtagswahl 1971 wurde in Anpassung an die Verwaltungsreform die Zahl der Wahlkreise auf sechs reduziert, die Zahl der in den Wahlkreisen zu vergebenden Mandate bewegte sich zwischen 13 und 22.

Da in den einzelnen Wahlkreisen nur relativ wenig Mandate zu vergeben waren, führten selbst größere Unterschiede in den Stimmenanteilen zwischen den Parteien nur zu geringfügigen Auswirkungen bei der Sitzverteilung. So erhielt die SPD von 1955 bis 1967 im Wahlkreis 5 sechs und die CDU fünf Mandate, obwohl die Abstände zwischen beiden Parteien zwischen 3 und 12,3 Prozentpunkten schwankten. Besonders betroffen waren die kleineren Parteien. Die feste Zahl von acht Abgeordneten im Wahlkreis Montabaur kam faktisch einer Sperrklausel von 12,5 % gleich; 1959 und 1963 beispielsweise reichten der F.D.P. Anteile von jeweils mehr als 10 % nicht, um ein Mandat im Wahlkreis zu erringen.

Die Verteilung der Sitze erfolgte bis 1967 für jeden Wahlkreis nach einem Wahlschlüsselverfahren. Der Wahlschlüssel wurde berechnet, indem die Gesamtzahl der Stimmen der nicht von der 5 %-Sperrklausel betroffenen Kreiswahlvorschläge durch die Zahl der im Wahlkreis zu wählenden Abgeordneten geteilt wurde. Eine Bruchzahl wurde auf die nächsthöhere ganze Zahl aufgerundet. Jeder Kreiswahlvorschlag erhielt so viele Sitze, wie der Wahlschlüssel in der Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen enthalten war. Verbleibende Restsitze wurden den Wahlvorschlägen mit den höchsten Reststimmenzahlen zugeteilt. Hierbei schieden Wahlvorschläge aus, deren Stimmenzahl den Wahlschlüssel nicht erreicht hatte. Ein Verbund der Reststimmengewinnungen zwischen den Wahlkreisen bestand nicht. Waren bei der Verteilung der Sitze mehr Restsitze als Reststimmen vorhanden, so wurde ein neuer Wahlschlüssel ermittelt und nach diesem Schlüssel eine Neuverteilung vorgenommen. Der neue Wahlschlüssel wurde errechnet, indem die Gesamtstimmenzahl der

Kreiswahlvorschläge, denen bei der ersten Berechnung Sitze zugeteilt wurden, ermittelt und diese Zahl durch die Zahl der im Wahlkreis zu wählenden Abgeordneten geteilt wurde.

Im Jahre 1972 erklärte das Bundesverfassungsgericht das rheinland-pfälzische Wahlsystem – Wahlschlüssel und Reststimmenverwertung – für verfassungswidrig, was zu einer nachträglichen Korrektur des Ergebnisses der Landtagswahl 1971 führte. Nach der Wahlkreiseinteilung des Jahres 1967 hatte die F.D.P. mit einem Stimmenanteil von 8,3 % acht Landtagsmandate errungen; der Rückgang des Stimmenanteils auf 5,9 % im Jahre 1971 hatte nach dem Wahlschlüsselverfahren nur noch zum Gewinn von drei Abgeordnetensitzen gereicht. Sie war in den Wahlkreisen 1 und 6 mit nur 15 zu vergebenden Mandaten, obwohl sie die 5 %-Hürde überschritten hatte, nicht mehr zum Zuge gekommen. Bei der Korrektur des Ergebnisses durch das Wahlprüfungsgericht wurden der F.D.P. drei zusätzliche Mandate zugesprochen; die CDU mußte einen, die SPD zwei Sitze abgeben.

1975 bis 1983: Zwei Verbundwahlkreise – Sitzzuteilung nach d'Hondt

Die Landtagswahl 1975 wurde nach einem noch vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts geänderten neuen Wahlgesetz durchgeführt. Die Zahl der Wahlkreise wurde auf vier etwa gleich große reduziert, in denen 24 bzw. 26 Mandate zu vergeben waren. Kreiswahlvorschläge konnten jeweils in den Wahlkreisen 1 und 2 sowie in den Wahlkreisen 3 und 4 miteinander verbunden werden, so daß de facto zwei Verbundwahlkreise mit je 50 Abgeordneten entstanden. Bei der Sitzverteilung kam statt des Wahlschlüsselverfahrens das Höchstzahlverfahren d'Hondt zum Zuge. Dem Verfassungsgebot der Verhältniswahl in Wahlkreisen war damit Genüge getan, die Benachteiligung der kleinen Parteien weitgehend beseitigt. Dies zeigten auch die Ergebnisse der Landtagswahlen 1975 bis 1983.

Ab 1991: Mit Personenwahl verbundene Verhältniswahl – Verlängerung der Wahlperiode

Das 28. Landesgesetz zur Änderung der Landesverfassung (Änderung der Artikel 79, 80 und 83) vom 21. 11. 1989 (GVBl. Nr. 24 S. 239) ermöglichte dem Landesgesetzgeber, ein dem Bundeswahlrecht angenähertes personalisiertes Verhältniswahlrecht einzuführen. Gleichzeitig wurde die Wahlperiode ab 1991 von vier auf fünf Jahre verlängert.

Das Landeswahlgesetz (LWahlG) in der Neufassung vom 20. 12. 1989 (GVBl. 1990 S. 13) wies gegenüber dem bis dahin geltenden Recht eine wesentliche Neuerung, die Einführung einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl, auf.

Der Landtag besteht im Regelfall aus 101 Abgeordneten, von denen 51 nach Wahlkreisvorschlägen in Wahlkreisen, die übrigen nach Landeswahlvorschlägen (Landeslisten) oder Bezirkswahlvorschlägen (Bezirkslisten) gewählt werden (§ 26 LWahlG). Wahlkreisvor-

schläge können von Parteien, mitgliedschaftlich organisierten Wählervereinigungen und von Stimmberechtigten, Landes- oder Bezirkslisten nur von Parteien und mitgliedschaftlich organisierten Wählervereinigungen eingereicht werden (§ 33 Abs. 1 Sätze 1 und 2 LWahlG).

Vier Bezirke, 51 Wahlkreise

Zur Durchführung der Wahl ist das Land in vier Bezirke mit insgesamt 51 Wahlkreisen eingeteilt. Die Einteilung des Wahlgebiets in Bezirke ist in § 9 Abs. 2 LWahlG, die Einteilung der Bezirke in Wahlkreise in der Anlage zum Landeswahlgesetz festgelegt. Die Neuabgrenzung eines Wahlkreises hat zu erfolgen, wenn seine Bevölkerungszahl von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl aller Wahlkreise mehr als 33 1/3 v.H. nach oben oder unten abweicht (§ 9 Abs. 4 LWahlG). Die gesetzliche Festlegung stabilisiert die Wahlkreiseinteilung und entzieht sie politischer Einflußnahme.

Zwei-Stimmen-Wahlrecht

Jeder Wahlberechtigte hat zwei Stimmen, eine Stimme für die Wahl einer oder eines Wahlkreisabgeordneten (Wahlkreisstimme) und eine Stimme für die Wahl einer Landes- oder Bezirksliste (Landesstimme) (§ 27 LWahlG). Mit den Landesstimmen entscheiden die Wählerinnen und Wähler über die zahlenmäßige Zusammensetzung des Landtags nach Parteien und Wählervereinigungen, mit den Wahlkreisstimmen, welche Abgeordneten direkt gewählt sind. Beide Stimmen werden auf einem Stimmzettel unabhängig voneinander abgegeben. Der Gesetzgeber hat sich für die Bezeichnungen „Landesstimme“ und „Wahlkreisstimme“ entschieden, weil die im Bundeswahlrecht gebräuchlichen Bezeichnungen „Erst- und Zweitstimme“ erfahrungsgemäß bei zahlreichen Wählern Mißverständnisse über den Wert der beiden Stimmen hervorrufen. Außerdem enthält der Stimmzettel den Hinweis, daß die Landesstimme die für die Berechnung der Sitzverteilung maßgebende Stimme ist, von der die Stärke einer Partei oder Wählergruppe im Landtag abhängt.

Relative Mehrheitswahl in Wahlkreisen

Bei der Wahl in Wahlkreisen wird in jedem Wahlkreis ein Abgeordneter gewählt. Gewählt ist die Bewerberin bzw. der Bewerber, die oder der die meisten Wahlkreisstimmen erhalten hat (§ 28 LWahlG).

Verhältnisausgleich über die Listenwahl

Die Gesamtzahl der auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden Sitze wird nach dem mathematischen Proporz (Verfahren Hare-Niemeyer) entsprechend den für die einzelnen Listen abgegebenen Landesstimmen verteilt. Die von einer Partei oder Wählervereinigung im Land bzw. im jeweiligen Bezirk errungenen Wahlkreissitze werden hierbei angerechnet (§ 29 Abs. 1 bis 4 LWahlG). An der Verteilung der Sitze nach Landesstimmen nehmen nur Parteien und Wählerverei-

nigungen teil, die mindestens 5 v. H. der im Land abgegebenen gültigen Landesstimmen erhalten haben (§ 29 Abs. 5 LWahlG).

Eine Partei oder eine mitgliedschaftlich organisierte Wählervereinigung kann eine Landesliste oder in jedem Bezirk eine Liste einreichen (§ 33 Abs. 2 LWahlG). Bezirkslisten derselben Partei oder Wählervereinigung gelten bei der Sitzverteilung im Verhältnis zu den übrigen Listen als eine Liste. Die Unterverteilung der auf eine Partei oder Wählervereinigung im Lande insgesamt entfallenen Sitze auf die beteiligten Bezirkslisten erfolgt ebenfalls nach dem mathematischen Proporz der von der betreffenden Partei oder Wählervereinigung in den einzelnen Bezirken errungenen Landesstimmen (§ 31 LWahlG).

Überhangmandate werden ausgeglichen

Bei der personalisierten Verhältniswahl mit Anrechnung der in den Wahlkreisen errungenen Sitze auf die Zahl der nach Landesstimmen errechneten Mandate ist es möglich, daß eine Partei oder Wählervereinigung in den Wahlkreisen mehr Mandate erhält, als ihr aufgrund der Landesstimmen zustehen. Der Gesetzgeber hat sich dafür entschieden, daß die in den Wahlkreisen errungenen Sitze einer Partei auch dann verbleiben, wenn sie deren proportionalen Sitzanteil übersteigen (§ 30 Abs. 1 LWahlG). Der durch diese „Überhangmandate“ gestörte Proporz wird durch die Vergabe zusätzlicher Sitze, durch die die Gesamtzahl der Abgeordneten erhöht wird, korrigiert. Die Gesamtzahl der Sitze im Landtag erhöht sich um so viele Sitze, wie erforderlich sind, um die Sitzverteilung im Lande nach dem Verhältnis der Landesstimmen der Parteien und Wählervereinigungen zu gewährleisten (§ 30 Abs. 2 LWahlG). Dabei kann es durchaus auch Zahlenkonstellationen geben, bei denen trotz eines Überhangmandats das Verhältnis der Landesstimmen auch ohne ein Ausgleichsmandat gewährleistet ist.

Das Bundeswahlgesetz sieht im Gegensatz zur rheinland-pfälzischen Regelung keinen zwischenparteilichen Verhältnisausgleich durch Verteilung zusätzlicher Sitze vor (§ 6 Abs. 5 BWG). So führte das Ergebnis der Bundestagswahl 1994 zu 16 Überhangmandaten. Die Zahl der aufgrund des Zweitstimmenergebnisses errechneten Sitze der CDU erhöhte sich um 12, die der SPD um 4.

Verhältniswahl dominant

Das Zweitstimmwahlrecht verbindet Mehrheitswahl und Verhältniswahl. Es handelt sich aber lediglich um eine formale Verbindung beider Grundwahlsysteme. Die Verhältniswahl überlagert die Mehrheitswahl und stellt sicher, daß die Zusammensetzung des Landtags den für die einzelnen Parteien und Wählervereinigungen abgegebenen Landesstimmen entspricht. Die Elemente der Mehrheitswahl machen deren Persönlichkeitscharakter für die Verhältniswahl nutzbar und stärken die Beziehung zwischen Wählern und Gewählten.

Die Wahl der Wahlkreisbewerber nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl hebt also den grundsätzlichen

Charakter der Landtagswahl als einer Verhältniswahl nicht auf. Das Gesamtwahlergebnis entspricht trotz des Mehrheitswahlprinzips bei der Wahl in Wahlkreisen dem Verhältnis der Landesstimmen. Sie sind grundsätzlich für die Sitzverteilung maßgebend. Die Wahlkreisstimmen tragen dagegen zum personellen Wahlergebnis innerhalb der einem Wahlvorschlag zugefallenen Sitze bei. Das eigentliche Stimmengewicht liegt in den Landesstimmen.

Die voneinander unabhängige Abgabe der Wahlkreisstimme und der Landesstimme sowie die getrennte Ermittlung beider Ergebnisse läßt auf den ersten Blick nicht den Zusammenhang beider Stimmen erkennen. Die zu vergebenden Sitze werden auf die Parteien und Wählervereinigungen im Verhältnis der für sie abgegebenen Landesstimmen verteilt. Die Zahl der Sitze, mit der eine Partei oder Wählergruppe im Landtag vertreten ist, hängt somit, von Überhangmandanten und Ausgleichsmandaten abgesehen, ausschließlich von der Zahl der Landesstimmen ab, die sie im gesamten Wahlgebiet, das heißt im Lande, erhalten hat.

Die Berechnung der Sitzverteilung erfolgt nach der mathematischen Dreisatzrechnung mit der Zuteilung von Restsitzen in der Reihenfolge der verbleibenden höchsten Zahlenbruchteile, dem System Hare-Niemeyer (§ 29 Abs. 2 Sätze 2 bis 4 LWahlG). Mathematisch geschrieben wird die Gesamtzahl der Sitze eines Wahlvorschlags nach folgendem Verteilungsmodus ermittelt:

$$101 \text{ Sitze} \times \text{Landesstimmen des Wahlvorschlags}$$

$$\text{Landesstimmen der bei der Sitzverteilung zu berücksichtigenden Wahlvorschläge}$$

Durch eine Sonderregelung ist festgelegt, daß eine Partei oder Wählervereinigung, auf die die Mehrheit der Landesstimmen aller bei der Sitzverteilung zu berücksichtigenden Parteien und Wählervereinigungen entfällt, auch die Mehrheit der zu vergebenden Sitze erhält. Ist dies nicht im Wege der regulären Zuteilung der Fall, so wird ihr bei der Verteilung der Restsitze der erste zugeteilt (§ 29 Abs. 3 LWahlG).

Auflösung einer Listenverbindung

Bezirkslisten der gleichen Partei oder Wählervereinigung sind kraft Gesetzes verbunden und gelten im Verhältnis zu den übrigen Listen und Listenverbindungen als eine Liste (§ 31 Abs. 1 LWahlG). Das hat zur Folge, daß die auf die einzelnen Bezirkslisten und damit auf die Listenverbindung entfallenen, nach § 29 Abs. 1 LWahlG berücksichtigungsfähigen Landesstimmen für die Sitzverteilung zusammengezählt und wie die Stimmen eines Wahlvorschlags behandelt werden. Die den einzelnen Listenverbindungen auf Landesebene zugefallenen Sitze werden anschließend auf die beteiligten Bezirkslisten nach der Zahl der Landesstimmen, welche sie erhalten haben, verteilt. Die Verteilung erfolgt nach dem mathematischen Proporz analog den für die Verteilung auf die Landeslisten bzw. verbundenen Bezirkslisten geltenden Bestimmungen (§ 29 Abs. 2 Sätze 2 bis 5 LWahlG).

Mathematisch geschrieben lautet dieser Verteilungsmodus:

$$\frac{\text{Zahl der Sitze des Wahlvorschlags im Lande} \times \text{Landesstimmen des Wahlvorschlags im Bezirk}}{\text{Landesstimmen des Wahlvorschlags im Lande}}$$

Die auf einen Bezirk entfallenen Sitze werden nach Abzug der in den Wahlkreisen des Bezirks errungenen Direktmandate aus der Bezirksliste besetzt. Hat eine Partei oder Wählervereinigung in einem Bezirk mehr Wahlkreismandate gewonnen, als ihr aufgrund der Berechnung der Sitze im Bezirk zustehen, so hat sie Überhangmandate errungen, die ihr verbleiben. Die dabei entstehende Disproportionalität zwischen Landesstimmen und Sitzverteilung im Lande ist, wie oben dargelegt, durch Ausgleichsmandate zu korrigieren.

Bereinigte Landesstimmen

Die Anrechnung der von einer Partei oder Wählervereinigung in den Wahlkreisen errungenen Direktmandate auf die ihr nach Landesstimmen zustehenden Sitze macht eine Sonderregelung für den Fall erforderlich, daß die Anrechnung nicht erfolgen kann, weil der erfolgreiche Wahlbewerber entweder von einer Gruppe von Wahlberechtigten nominiert oder von einer Partei oder Wählervereinigung aufgestellt war, von der keine Landes- oder entsprechende Bezirksliste zugelassen oder die an der 5 %-Sperrklausel gescheitert ist.

Die Nichtanrechenbarkeit eines solchen Mandats wird durch Bereinigung der Abgeordnetenzahl und der Landesstimmen Rechnung getragen. Zum einen wird der nicht anrechenbare Sitz von der Gesamtzahl der Sitze abgezogen, zum anderen werden die Landesstimmen aller Stimmzettel von Wählern, die einen solchen Wahlkreisbewerber gewählt haben, von der Gesamtzahl der bei der Sitzverteilung zu berücksichtigenden Landesstimmen abgezogen. Der Verlust des Erfolgswerts dieser Stimmen ist systembedingt und daher rechtlich nicht zu beanstanden.

1. Landesergebnis

	Wahlkreisstimmen		Landesstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	2 928 865		2 928 865	
Wähler	2 163 556	73,9	2 163 556	73,9
Ungültige Stimmen	51 434	2,4	38 149	1,8
Gültige Stimmen	2 112 122	97,6	2 125 407	98,2
CDU	850 067	40,2	822 449	38,7
SPD	978 169	46,3	951 695	44,8
F.D.P.	136 734	6,5	146 400	6,9
GRÜNE	112 378	5,3	137 139	6,5
ÖDP	16 673	0,8	19 355	0,9
REP	12 998	0,6	43 480	2,0
DA	2 184	0,1	4 889	0,2
CM	377	0,0	—	—
DIE GRAUEN	616	0,0	—	—
PBC	287	0,0	—	—
Lawall	489	0,0	—	—
Schwamm	1 150	0,1	—	—

2. Bei der Sitzverteilung sind zu berücksichtigen

Wahlvorschlag	Landesstimmen (5% und mehr)	
	Anzahl	%
CDU	822 449	38,7
SPD	951 695	44,8
F.D.P.	146 400	6,9
GRÜNE	137 139	6,5
Insgesamt	2 057 683	—

Wahlkreissitze, Listensitze

In jedem Wahlkreis ist der Bewerber gewählt, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt (§ 28 Satz 2 LWahIG).

Die Zahl der Sitze, die einer Landesliste zuzuteilen sind, ergibt sich durch Subtraktion der Zahl der von ihr in den Wahlkreisen des Landes errungenen Sitze von der Gesamtzahl der Sitze, die dem jeweiligen Wahlvorschlag im Land zustehen. Die verbleibenden Sitze werden aus der Liste in der dort festgelegten Reihenfolge besetzt, wobei bereits im Wahlkreis erfolgreiche Bewerber unberücksichtigt bleiben. Hat eine Partei oder Wählervereinigung Bezirkslisten eingereicht, so werden von der für jede Bezirksliste ermittelten Zahl der Sitze die Zahl der von ihr in den Wahlkreisen des Bezirks errungenen Sitze abgerechnet und die restlichen Sitze aus der Liste in der dort festgelegten Reihenfolge besetzt (§ 29 Abs. 4 LWahIG).

Die Berechnung der Sitzverteilung soll am Beispiel der Landtagswahl 1991 (siehe Tabelle 1 bis 5) verdeutlicht werden.

CDU-Mehrheiten in 11 Landtagen, Machtwechsel nach 44 Jahren

Die Ergebnisse der Wahlen zum Landtag Rheinland-Pfalz zeigen von 1947 bis 1987 eine gewisse Gesetzmäßigkeit. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands konnte bei allen Wahlen die meisten Stimmen auf sich vereinigen und war stärkste politische Kraft im Lande. Bei sechs Landtagswahlen errang die CDU die absolute Mehrheit der Mandate, dreimal sogar die der abgegebenen gültigen Stimmen. Die zweitstärkste Partei, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, hatte trotz eines langfristig zu beobachtenden, von kleineren Rückschlägen begleiteten Aufwärtstrends, offenbar keine Mehrheitschancen. Für viele daher überraschend drehte die SPD bei der Landtagswahl 1991 die scheinbar unabänderlichen Kräfteverhältnisse um, errang mit einem Plus von 7 Mandaten 47 Sitze und verwies die CDU auf den zweiten Platz. Die Christdemokraten verloren 8 Mandate und entsandten in den 12. Landtag nur noch 40 Abgeordnete. Bei der Wahl eines Koalitionspartners entschieden sich die Sozialdemokraten für die F.D.P. Diese hatte, ebenso wie die GRÜNEN, 7 Sitze errungen.

Die Wählerstimmen konzentrierten sich seit Bestehen des Landes auf CDU, SPD und F.D.P. Seit 1987 ist mit den GRÜNEN eine weitere Partei im rheinland-pfälzi-

3. Sitzverteilung nach den Landesstimmen

Wahlvorschlag	Sitze insgesamt	Landesstimmen nach Wahlvorschlägen	Landesstimmen insgesamt	ganz-zahliger Anteil	Reste	Sitze nach dem größten Rest	Sitze insgesamt
CDU		822 449		40 , 369			40
SPD		951 695		46 , 713		+ 1	47
F.D.P.	101 x	146 400	: 2 057 683 =	7 , 185			7
GRÜNE		137 139		6 , 731		+ 1	7
		2 057 683		99		+ 2	101

4. Sitzverteilung auf die Bezirkslisten

CDU

	Sitze insgesamt	Landesstimmen im Bezirk	Landesstimmen insgesamt	ganz-zahliger Anteil	Reste	Sitze nach dem größten Rest	Sitze insgesamt
Bezirk 1		242 684		11 , 802		+ 1	12
Bezirk 2		209 699		10 , 198			10
Bezirk 3	40 x	174 836	: 822 449 =	8 , 503		+ 1	9
Bezirk 4		195 230		9 , 495			9
		822 449		38		+ 2	40

F.D.P.

	Sitze insgesamt	Landesstimmen im Bezirk	Landesstimmen insgesamt	ganz-zahliger Anteil	Reste	Sitze nach dem größten Rest	Sitze insgesamt
Bezirk 1		38 265		1 , 829		+ 1	2
Bezirk 2		36 721		1 , 755		+ 1	2
Bezirk 3	7 x	37 080	: 146 400 =	1 , 772		+ 1	2
Bezirk 4		34 334		1 , 641			1
		146 400		4		+ 3	7

GRÜNE

	Sitze insgesamt	Landesstimmen im Bezirk	Landesstimmen insgesamt	ganz-zahliger Anteil	Reste	Sitze nach dem größten Rest	Sitze insgesamt
Bezirk 1		32 206		1 , 643		+ 1	2
Bezirk 2		30 673		1 , 565			1
Bezirk 3	7 x	40 374	: 137 139 =	2 , 060			2
Bezirk 4		33 886		1 , 729		+ 1	2
		137 139		5		+ 2	7

5. Verteilung der Sitze nach Landes- und Bezirkslisten

CDU

	Sitze insgesamt	Wahlkreismandate	Über die Bezirksliste zugeteilte Sitze
Bezirk 1	12	6	6
Bezirk 2	10	6	4
Bezirk 3	9	1	8
Bezirk 4	9	1	8
Zusammen	40	14	26

SPD

	Sitze insgesamt	Wahlkreismandate	Über die Landesliste zugeteilte Sitze
	47	37	10

F.D.P.

	Sitze insgesamt	Wahlkreismandate	Über die Bezirksliste zugeteilte Sitze
Bezirk 1	2	-	2
Bezirk 2	2	-	2
Bezirk 3	2	-	2
Bezirk 4	1	-	1
Zusammen	7	-	7

GRÜNE

	Sitze insgesamt	Wahlkreismandate	Über die Bezirksliste zugeteilte Sitze
Bezirk 1	2	-	2
Bezirk 2	1	-	1
Bezirk 3	2	-	2
Bezirk 4	2	-	2
Zusammen	7	-	7

schen Landtag vertreten. Andere Parteien waren nur bei drei Landtagswahlen erfolgreich. 1947 die KPD, 1959 die DRP und 1967 die NPD.

Die Wahl zum Ersten rheinland-pfälzischen Landtag am 18. 05. 1947 fand gleichzeitig mit der Volksabstimmung über den von der beratenden Landesversammlung vorgelegten Verfassungsentwurf statt. Die Durchführung der Wahl wurde nach den Vorschriften der Landesverordnung über die Wahl zum Ersten Landtag von Rheinland-Pfalz vom 27. 03. 1947 und der Verordnung Nr. 87 der Militärregierung vom 17. 04. 1947 geregelt. In allgemeiner, gleicher, unmittelbarer, geheimer und freier Wahl wurden in fünf Wahlkreisen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl 100 Abgeordnete gewählt.

1) Am 11. 12. 1948 schlossen sich LPD (7 Sitze) und SV (4 Sitze) zur Fraktion der F.D.P. zusammen.

Diese Zahl erhöhte sich vorübergehend auf 101, als nach der Rückgliederung des Kreises Saarburg aus dem Saarland nach Rheinland-Pfalz am 21. 09. 1947 eine Ergänzungswahl notwendig wurde.

Ein Stimmenanteil von 47,2 % bedeutete 48 Sitze für die CDU; die SPD errang 34,4 % der Stimmen und erhielt 34 Mandate zugeteilt. Die KPD kam mit 8,7 % auf 8 und die F.D.P. mit 9,8 % auf 11 Sitze.¹⁾ Das erste Kabinett Altmeier, das die Übergangsregierung Dr. Wilhelm Boden am 9. Juli 1947 ablöste, bestand zunächst aus CDU, SPD, LPD und KPD und wurde am 14. 12. 1949 von einer CDU/SPD-Koalition abgelöst.

Bei der Wahl zum Zweiten Landtag am 30. 04. 1951 büßte die CDU 8 Prozentpunkte ein und erhielt 39,2 % der Stimmen. Die SPD konnte mit 34 % ihr Ergebnis knapp behaupten, während die F.D.P. mit 16,7 % 6,9 Prozentpunkte hinzugewinnen konnte.

Die CDU verlor 5 Sitze, die SPD gewann bei nahezu unveränderten Stimmenanteilen 4 Sitze hinzu, auf die F.D.P. entfielen 19; das war die höchste Abgeordnetenzahl, die die F.D.P. bei Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz je erreichte. Die KPD – im Ersten Landtag noch mit 8 Abgeordneten vertreten – konnte mit 4,4 % der Stimmen die 5 %-Hürde nicht überspringen und war so schon fünf Jahre vor ihrem Verbot durch das Bundesverfassungsgericht nicht mehr im Landtag vertreten.

Die CDU/SPD-Koalition wurde durch eine CDU/F.D.P.-Koalition abgelöst, die trotz zwischenzeitlicher absoluter Mehrheiten der CDU bis 1971 – also fünf Legislaturperioden – Bestand hatte.

Bei der Wahl zum Dritten Landtag am 15. 05. 1955 errang die CDU mit einem Stimmenanteil von 46,8 % und 51 Sitzen erstmals die absolute Mehrheit der Mandate. Die SPD fiel auf 31,7 % zurück und büßte mit 36 Sitzen 2 Sitze ein. Auch die F.D.P. mußte mit 12,7 % der Stimmen Verluste hinnehmen; die Zahl ihrer Landtagsmandate fiel von 19 auf 13.

Eine weitere Verschiebung zugunsten der Christdemokraten brachte die Wahl zum Vierten Landtag am 19. 04. 1959. Sie erzielten 48,4 % der Stimmen und erhielten 52 Sitze. Auch die Sozialdemokraten konnten ihren Stimmenanteil gegenüber der vorangegangenen Wahl auf 34,9 % steigern und bekamen nunmehr 37 Mandate zugeteilt. Die F.D.P. nahm dagegen erneut ab. Der Stimmenanteil unterschritt mit 9,7 % die 10 %-Marke; die 10 Landtagssitze bedeuteten einen Verlust von 3 Mandaten. Unerwartet gelang mit einem Stimmenanteil von 5,1 % der rechtsradikalen Deutschen Reichs-Partei mit einem Abgeordneten der Einzug in den Landtag.

Das auffallendste Ergebnis der Wahl zum Fünften Landtag am 31. 03. 1963 war die Verringerung des Abstandes zwischen CDU und SPD. Die Oppositionspartei übersprang erstmals die 40 %-Marke, erhielt 43 Sitze und reduzierte den Vorsprung von 15 Mandaten, den die Christdemokraten in der 3. und 4. Wahlperiode hatten, auf 3 Sitze. Noch nie war sie so nahe an die

6. Ergebnisse der Landtagswahlen 1947 bis 1991

Landtagswahl am 18. Mai 1947

Wahlberechtigte: 1 667 617
Wähler/Wahlbeteiligung: 1 299 302 (77,9 %)

Parteien ¹⁾	Stimmen		Sitze
	Anzahl	%	
CDU	548 253	47,2	48
SPD	398 787	34,4	34
LPD	70 639	6,1	7
SV	42 034	3,6	4
DP	1 176	0,0	
KPD	100 819	8,7	8
Insgesamt	1 161 708		101

1) LPD und SV schlossen sich am 11. 12. 1948 zur F.D.P. zusammen.

Landtagswahl am 29. April 1951

Wahlberechtigte: 2 021 104
Wähler/Wahlbeteiligung: 1 512 643 (74,8 %)

Parteien	Stimmen		Sitze
	Anzahl	%	
CDU	563 274	39,2	43
SPD	488 374	34,0	38
F.D.P.	240 071	16,7	19
Sonstige ¹⁾	145 531	10,1	
Insgesamt	1 437 250		100

1) KPD, BHE, DRP, DAP, DG, Zentrum, Notgem.

Landtagswahl am 15. Mai 1955

Wahlberechtigte: 2 151 228
Wähler/Wahlbeteiligung: 1 634 750 (76,0 %)

Parteien	Stimmen		Sitze
	Anzahl	%	
CDU	741 384	46,8	51
SPD	501 751	31,7	36
F.D.P.	201 847	12,7	13
Sonstige ¹⁾	138 847	8,8	
Insgesamt	1 583 829		100

1) KPD, BHE, BbD, DLV, FWG, PdgD

Landtagswahl am 19. April 1959

Wahlberechtigte: 2 266 778
Wähler/Wahlbeteiligung: 1 749 227 (77,2 %)

Parteien	Stimmen		Sitze
	Anzahl	%	
CDU	829 236	48,4	52
SPD	596 984	34,9	37
F.D.P.	165 937	9,7	10
DRP	87 349	5,1	1
Sonstige ¹⁾	32 848	1,9	
Insgesamt	1 712 354		100

1) BHE, BbD, DLV, DG

Landtagswahl am 31. März 1963

Wahlberechtigte: 2 363 313
Wähler/Wahlbeteiligung: 1 784 261 (75,5 %)

Parteien	Stimmen		Sitze
	Anzahl	%	
CDU	777 838	44,4	46
SPD	713 469	40,7	43
F.D.P.	177 377	10,1	11
Sonstige ¹⁾	83 802	4,8	
Insgesamt	1 752 486		100

1) DG, DFU

Landtagswahl am 23. April 1967

Wahlberechtigte: 2 387 307
Wähler/Wahlbeteiligung: 1 872 966 (78,5 %)

Parteien	Stimmen		Sitze
	Anzahl	%	
CDU	861 142	46,7	49
SPD	679 177	36,8	39
F.D.P.	153 089	8,3	8
NPD	127 680	6,9	4
Sonstige ¹⁾	22 871	1,2	
Insgesamt	1 843 959		100

1) DFU

Landtagswahl am 21. März 1971

Wahlberechtigte: 2 584 585
Wähler/Wahlbeteiligung: 2 052 908 (79,4 %)

Parteien	Stimmen		Sitze
	Anzahl	%	
CDU	1 012 847	50,0	52
SPD	821 350	40,5	42
F.D.P.	120 444	5,9	6
Sonstige ¹⁾	71 731	3,5	
Insgesamt	2 026 372		100

1) NPD, DKP

Landtagswahl am 9. März 1975

Wahlberechtigte: 2 648 336
Wähler/Wahlbeteiligung: 2 141 144 (80,8 %)

Parteien	Stimmen		Sitze
	Anzahl	%	
CDU	1 143 360	53,9	55
SPD	817 018	38,5	40
F.D.P.	118 762	5,6	5
Sonstige ¹⁾	41 341	1,9	
Insgesamt	2 120 481		100

1) NPD, DKP, FW, Wählervereinigung „Kämpft mit der KPD“

noch: Ergebnisse der Landtagswahlen 1947 bis 1991

Landtagswahl am 18. März 1979

Wahlberechtigte: 2 717 051
Wähler/Wahlbeteiligung: 2 211 862 (81,4 %)

Parteien	Stimmen		Sitze
	Anzahl	%	
CDU	1 094 480	50,1	51
SPD	923 965	42,3	43
F.D.P.	139 248	6,4	6
Sonstige ¹⁾	26 847	1,2	
Insgesamt	2 184 540		100

1) NPD, DKP, EAP, KBW

Landtagswahl am 6. März 1983

Wahlberechtigte: 2 811 713
Wähler/Wahlbeteiligung: 2 541 834 (90,4 %)

Parteien	Stimmen		Sitze
	Anzahl	%	
CDU	1 306 090	51,9	57
SPD	995 795	39,6	43
F.D.P.	88 289	3,5	
GRÜNE	113 809	4,5	
Sonstige ¹⁾	11 410	0,5	
Insgesamt	2 515 393		100

1) NPD, DKP, ASG

Landtagswahl am 17. Mai 1987

Wahlberechtigte: 2 866 516
Wähler/Wahlbeteiligung: 2 205 967 (77,0 %)

Parteien	Stimmen		Sitze
	Anzahl	%	
CDU	981 412	45,1	48
SPD	844 241	38,8	40
F.D.P.	158 964	7,3	7
GRÜNE	128 653	5,9	5
Sonstige ¹⁾	64 044	2,9	
Insgesamt	2 177 314		100

1) DKP, NPD, FWG, ÖDP, Patrioten

Landtagswahl am 21. April 1991

Wahlberechtigte: 2 928 865
Wähler/Wahlbeteiligung: 2 163 556 (73,9 %)

Parteien	Stimmen		Sitze
	Anzahl	%	
CDU	822 449	38,7	40
SPD	951 695	44,8	47
F.D.P.	146 400	6,9	7
GRÜNE	137 139	6,5	7
Sonstige ¹⁾	67 724	3,2	
Insgesamt	2 125 407		101

1) ÖDP, REP, DA

CDU herangerückt, die nur noch 44,4 % der Wählerstimmen und 46 Sitze erringen konnte. Die F.D.P. verbesserte mit 10,1 % geringfügig ihren Stimmenanteil und bekam mit 11 Sitzen einen Sitz mehr als 1959 zugeteilt. Die DRP verschwand mit einem Anteil von 3,2 % wieder aus dem Landtag.

Eine nicht unwesentliche Veränderung der Zusammensetzung des Landtags brachte die Wahl zum Sechsten Landtag am 23. 04. 1967. Während die CDU mit 46,7 % ihren Stimmenanteil gegenüber der Vorwahl steigern und mit 49 Sitzen die Zahl ihrer Mandate um 3 erhöhen konnte, fiel die SPD auf 36,8 % der Stimmen und 39 Mandate zurück. Auch die F.D.P. mußte Stimmenverluste hinnehmen, sie erreichte 8,3 % der Stimmen und 8 Mandate. Überraschend zog die NPD, die schon bei den Landtagswahlen 1966 in Bayern und Hessen erfolgreich gewesen war, auch in Rheinland-Pfalz mit landesweit 6,9 % der Stimmen und 4 Abgeordneten in den Landtag ein.

Die Wahl zum Siebten Landtag am 21. 03. 1971 stand unter besonderen Vorzeichen. Während der vorangegangenen Legislaturperiode hatte Dr. Helmut Kohl am 19. 05. 1969 Peter Altmeier als Regierungschef abgelöst. In Bonn regierte seit Herbst 1969 eine sozialliberale Koalition. Auch in Rheinland-Pfalz gab es Bestrebungen, die nun schon fast ein Vierteljahrhundert andauernde CDU-Vorherrschaft zu beenden. Außerdem war das Wahlalter von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt worden.

Unerwartet deutlich setzte sich die CDU mit 50 % der Stimmen und 53 Mandaten durch. 40,5 % der Stimmen und 44 Mandate entfielen auf die SPD und nur 3 auf die F.D.P. Diese Sitzverteilung wurde aber 1972 aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts zugunsten der F.D.P. geändert. Das rheinland-pfälzische Wahlprüfungsgeschicht sprach ihr 3 zusätzliche Mandate zu, von denen 1 die CDU und 2 die SPD abgeben mußten. Die CDU behielt somit die absolute Mehrheit der Mandate im Landtag und regierte fortan bis zur Landtagswahl 1987, also vier Legislaturperioden, ohne einen Koalitionspartner allein.

Ihren bisher größten Erfolg erzielte die CDU bei der Achten Landtagswahl am 09. 03. 1975. Ihr Stimmenanteil betrug 53,9 %. Erstmals schenkten ihr mehr als die Hälfte aller Wähler das Vertrauen. Mit 55 Sitzen konnte sie die Mehrheit im Achten Landtag noch ausbauen. Der SPD-Stimmenanteil nahm um 2 Prozentpunkte auf 38,5 % ab. Gleichzeitig büßten die Sozialdemokraten 2 Sitze ein. Das Wahlergebnis bedeutete mit 15,4 Prozentpunkten den bisher größten Abstand zwischen den beiden großen Parteien. Die F.D.P. verschlechterte sich geringfügig von 5,9 auf 5,6 % und verlor ein Mandat.

Die Wahl zum Neunten Landtag am 18. 03. 1979 stand für die CDU wiederum unter besonderen Vorzeichen. Dr. Bernhard Vogel hatte am 02. 12. 1976 Dr. Helmut Kohl als Regierungschef abgelöst, nachdem dieser als Oppositionsführer nach Bonn gewechselt war. Obwohl die CDU gegenüber 1975 Einbußen von 3,8 % der Stim-

men und den Verlust von 4 Mandaten hinnehmen mußte, behauptete sie mit dem zweitbesten Ergebnis seit Bestehen des Landes die absolute Mehrheit im Landtag. Die SPD verbesserte ihren Stimmenanteil um 3,8 Punkte und gewann 3 Sitze hinzu. Auch die F.D.P. konnte Stimmengewinne erzielen und ihre Präsenz im Landtag um einen Sitz erhöhen.

Bei der Wahl zum Zehnten Landtag im Jahre 1983 schafften nur zwei Parteien den Einzug in das rheinland-pfälzische Landesparlament. Der CDU gelang es, 51,9 % der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich zu vereinigen. Das bedeutete 57 Sitze. Die SPD verschlechterte sich von 42,3 auf 39,6 %, behielt aber die 43 bereits im Neunten Landtag innegehabten Sitze. F.D.P. und GRÜNE konnten mit Stimmenanteilen von 3,5 bzw. 4,5 % die Sperrklausel nicht überwinden. Bemerkenswert war jedoch, daß die GRÜNEN bei ihrem ersten Auftreten bei einer rheinland-pfälzischen Landtagswahl die Freien Demokraten überflügeln konnten.

Bei der Wahl zum Elften Landtag am 17. 05. 1987 blieb die CDU trotz erheblicher Einbußen von 6,8 Prozentpunkten mit 45,1 % zwar stärkste politische Kraft im Lande, verlor aber die absolute Mehrheit. Auch die SPD konnte gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl ihren Stimmenanteil nicht halten; ihre Verluste hielten sich mit 0,8 Punkten allerdings in Grenzen; mit 38,8 % betrug der Abstand zur CDU 6,3 Prozentpunkte. Die F.D.P. verbesserte ihr Ergebnis von 1983 um 3,8 Punkte und kehrte mit 7,3 % der Wählerstimmen in den Landtag zurück. Auch die GRÜNEN legten gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl 1,4 Punkte zu und schafften mit einem Stimmenanteil von 5,9 % erstmals den Einzug in den rheinland-pfälzischen Landtag. CDU und F.D.P. bildeten eine Koalitionsregierung.

1991 : CDU und SPD tauschen Plätze

Die Wahl zum Zwölften Landtag am 21. April 1991 veränderte die politischen Kräfteverhältnisse in Rheinland-Pfalz grundlegend. Erstmals seit Bestehen des Landes gelang der SPD ein Wahlsieg über die in eine Führungskrise geratene CDU; hinzu kam ein schwieriger Wahlkampf wegen der Bonner Steuerbeschlüsse. Rheinland-Pfalz hatte bisher als „Stammland“ der CDU gegolten. Sie war dort seit 1947 führende Regierungspartei und verfügte von 1971 bis 1987, wie oben dargelegt, sogar über die absolute Mehrheit der Mandate im Landtag.

Gegenüber der vorangegangenen Wahl fiel der Stimmenanteil der Christdemokraten nochmals um 6,4 Prozentpunkte auf 38,7 %. Das war das schlechteste Ergebnis seit der ersten Landtagswahl im Jahre 1947. Die Sozialdemokraten konnten dagegen ihren Stimmenanteil um 6 Punkte auf 44,8 % erhöhen. Sie erreichten damit ihr bisher bestes Ergebnis in Rheinland-Pfalz und wurden mit 6,1 Punkten Vorsprung stärkste Partei. Die F.D.P. erhielt 6,9 % der Wählerstimmen, 0,4 Pro-

Abkürzungsverzeichnis

ASG	=	Aktion Soziale Gemeinschaft
BdD	=	Bund der Deutschen, Partei für Einheit, Frieden und Freiheit
BHE	=	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
DA	=	Wählergemeinschaft DEUTSCHE ALLIANZ - Heimatbündnis Rheinland-Pfalz
DAP	=	Deutsche Arbeiterpartei
DFU	=	Deutsche Friedens-Union
DG	=	Deutsche Gemeinschaft
DKP	=	Deutsche Kommunistische Partei
DLV	=	Deutsches Landvolk
DP	=	Demokratische Partei
DRP	=	Deutsche Reichs-Partei
EAP	=	Europäische Arbeiterpartei
FW	=	Freie Wählervereinigung Rheinland-Pfalz
FWG	=	Freie Wählergemeinschaft Rheinland-Pfalz
KBW	=	Kommunistischer Bund Westdeutschland
KPD	=	Kommunistische Partei Deutschlands
LPD	=	Liberale Partei
Notgem.	=	Freie Liste der Notgemeinschaft Kriegsgeschädigter
NPD	=	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ÖDP	=	Ökologisch-Demokratische Partei
Patrioten	=	Patrioten für Deutschland
PdgD	=	Partei der guten Deutschen
REP	=	DIE REPUBLIKANER
SV	=	Soziale Vereinigung
ZENTRUM	=	Zentrumspartei Rheinland-Pfalz

zentpunkte weniger als vier Jahre vorher. Nur knappe 0,4 Punkte dahinter lagen die GRÜNEN mit 6,5 % (+ 0,6 Prozentpunkte).

Das Kräfteverhältnis im Landtag hatte sich umgekehrt. Die SPD erhielt 47 Mandate gegenüber 40 im Jahre 1987, die CDU 40 gegenüber 48 zugeteilt. Die F.D.P. blieb bei 7 Mandaten, die GRÜNEN gewannen 2 hinzu und schickten ebenfalls 7 Abgeordnete in den Landtag. Der bisherige Oppositionsführer Rudolf Scharping wurde am 21. 05. 1991 zum Ministerpräsidenten gewählt und entschied sich für eine SPD/F.D.P.-Koalition.

Wegen des geänderten Wahlrechts hat der Zwölfte rheinland-pfälzische Landtag 101 Abgeordnete. Zum ersten Mal wurden 51 Abgeordnete in ebenso vielen Wahlkreisen direkt, 50 weitere über Landes- bzw. Bezirkslisten gewählt. Von den 51 zu vergebenden Direktmandaten errang die SPD mit 37 mehr als zwei Drittel. In nur 14 Wahlkreisen konnte sich ein Bewerber der CDU durchsetzen.

Am 26. 10. 1994 wurde Kurt Beck zum Ministerpräsidenten gewählt. Rudolf Scharping schied am 06. 11. 1994 aus dem Landtag aus, um im 13. Deutschen Bundestag die SPD-Fraktion zu führen.

Dr. Manfred Unglaub

Die Nichtwähler

Wahlenthaltung eine bedeutsame Kategorie des Wahlverhaltens

Bei den Wahlen zu den Parlamenten und kommunalen Vertretungskörperschaften gibt es von jeher eine mehr oder weniger große Zahl von Wahlberechtigten, die ihr Wahlrecht nicht ausüben. Seit Anfang der 80er Jahre ist jedoch bundesweit sowohl bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag als auch bei Landtags- und Kommunalwahlen ein rapider Verfall der Wahlbeteiligung zu beobachten. Bei Bundestagswahlen ist sie 1990 unter den bisherigen Tiefstand von 1949 gefallen und lag damit um 13,3 Prozentpunkte unter der bisherigen Bestmarke von 1972. Auf ähnlich niedrigem Niveau – nur 0,5 Prozentpunkte über dem bisher niedrigsten Wert – stagniert das 1994 registrierte Ergebnis. Das Interesse an Landtags- und Kommunalwahlen ist erfahrungsgemäß ohnehin deutlich geringer als an Wahlen zum Deutschen Bundestag. Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben nach der Einschätzung der Bevölkerung eine eher nachgeordnete Bedeutung, da das Wahlergebnis ohne Konsequenz für die Machtverteilung auf nationaler Ebene ist. Dies drückt sich in einer gegenüber Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen extrem niedrigen Wahlbeteiligung aus. Annehmbare Beteiligungsquoten können bisher nur durch die gleichzeitige Durchführung mit anderen Wahlen erreicht werden.

Die zunehmende Wahlenthaltung ist auch in Rheinland-Pfalz, einem Land mit traditionell überdurchschnittlicher Wahlbeteiligung, zu beobachten. Der bei den Bundestagswahlen 1990 ermittelte Wert liegt mit 81,7 % zwar noch 3,9 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt, nähert sich aber auch hier dem Tiefstand von 1949. Bei den Landtagswahlen 1991 wurde mit 73,9 % der bisher niedrigste Wert ermittelt, 16,5 Prozentpunkte unter dem Höchstwert von 1983.

Die Entwicklung ist offenbar symptomatisch für generelle Veränderungen im politischen Partizipationsverhalten der Bürger. Vertreter aus Politik und Wissenschaft haben sich verschiedentlich zu den vermeintlichen Motiven geäußert. Ins Feld geführt werden Wahlmüdigkeit wegen zu häufiger Urnengänge, mangelnde programmatische Alternativen der Parteien, Politikverdrossenheit, Kritik an Regierenden und Parteien sowie politischer Protest.

Versuchen, das politische Interesse durch erweiterte Einflußmöglichkeiten der Wähler auf die personelle Zusammensetzung der Parlamente zu wecken, war bei der Landtagswahl 1991, wo erstmals in Rheinland-Pfalz ein Zweistimmwahlrecht zur Anwendung kam, kein Erfolg beschieden. War man versucht, die 1989 gegenüber den vorangegangenen Kommunalwahlen leicht gestiegene Wahlbeteiligung auf die Abkehr vom starren Listenwahlrecht und dem Übergang zu freien Listen mit der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens zurückzuführen, so folgte schon bei den folgenden Wahlen wieder ein Einbruch von 3,1 Prozentpunkten; er führte zur zweitniedrigsten Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen seit Bestehen des Landes. Mehr demokratische Mitwirkungsrechte als das rheinland-pfälzische

Kommunalwahlrecht den Bürgern einräumt, sind bei Wahlen nicht denkbar.

Erstaunlicherweise spielen in der Wahlberichterstattung und in den Wahlprognosen die Nichtwähler bisher eine eher vernachlässigte Rolle, obwohl dieser Personenkreis inzwischen eine Größenordnung angenommen hat, die nicht nur für das Wahlergebnis selbst, sondern für die gesamte Demokratieforschung von erheblicher Bedeutung ist.

Der Verzicht auf die Stimmabgabe ist als Kategorie des Wahlverhaltens letztlich eine politische Entscheidung über Mehrheiten und Regierungen. So entspricht beispielsweise die Wahlenthaltung von 765 309 oder 26,1 % der Wahlberechtigten bei der letzten Landtagswahl in Rheinland-Pfalz einem Stimmengewicht von 27 der 101 Landtagsmandate. Es ist aber sicher verfehlt, in diesem Zusammenhang – wie es häufig geschieht – von einer „Partei der Nichtwähler“ zu sprechen, da diese Gruppe weder eine Partei noch homogen ist.

Licht in die Motive des Verzichts zu bringen, muß den meinungsbefragenden Instituten überlassen werden. Die amtliche Statistik beteiligt sich nicht an solcher Ursachenforschung; sie kann lediglich Aussagen über das Ausmaß der Wahlenthaltung sowie über die Struktur der Nichtwähler machen. Dabei sollen in folgendem Beitrag individuelle und kollektive Merkmale untersucht werden.

Da repräsentative Auszählungen bei Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz bisher nicht vorgenommen wurden, beschränken sich die folgenden Ausführungen auf Bundestags- und Landtagswahlen. Auch die Wahlen zum Europäischen Parlament bleiben unberücksichtigt.

Bei den Untersuchungen der Wahlenthaltung nach Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten muß die letzte Bundestagswahl außer acht bleiben, da 1994 die entsprechenden Erhebungen durch den Gesetzgeber ausgesetzt wurden; sie wurden bei Bundestagswahlen seit 1957, bei Landtagswahlen seit 1967 durchgeführt.

Soweit auf Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zurückgegriffen wird, enthalten diese keine Angaben über die Briefwähler; sie werden im Interesse der Wahrung des Grundsatzes der geheimen Wahl nicht in die Stichprobe einbezogen.

Zunahme der Wahlberechtigten

Die Zahl der Wahlberechtigten stieg bei den Landtagswahlen von 1947 bis 1991 von 1,67 auf 2,93 Millionen, bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 1990 von 1,9 auf 2,94 Millionen.

Während die deutliche Zunahme der Wahlberechtigten in den 50er und frühen 60er Jahren das Bevölke-

**Wahlberechtigte und Nichtwähler
bei Bundes- und Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz**

Wahl/ Wahljahr	Wahl- berechtigte	Nichtwähler	
		Anzahl	%
LW 47	1 666 547	367 980	22,1
BW 49	1 900 797	387 041	20,4
LW 51	2 021 104	508 461	25,2
BW 53	2 143 337	300 630	14,0
LW 55	2 151 228	516 478	24,0
BW 57	2 237 023	260 798	11,7
LW 59	2 266 778	517 551	22,8
BW 61	2 348 108	278 181	11,8
LW 63	2 363 313	579 052	24,5
BW 65	2 403 771	289 460	12,0
LW 67	2 387 307	514 341	21,5
BW 69	2 410 176	312 868	13,0
LW 71	2 584 585	531 677	20,6
BW 72	2 623 690	219 683	8,4
LW 75	2 648 336	507 192	19,2
BW 76	2 676 890	227 944	8,5
LW 79	2 717 051	505 189	18,6
BW 80	2 759 777	279 014	10,1
LW 83	2 811 713	269 879	9,6
BW 83	2 816 929	270 663	9,6
BW 87	2 874 920	381 318	13,3
LW 87	2 866 516	660 549	23,0
BW 90	2 935 588	538 534	18,3
LW 91	2 928 865	765 309	26,1
BW 94	2 985 384	529 232	17,7

Wahlrechtswachstum widerspiegelt, ist das sprunghafte Ansteigen der Wahlberechtigten bei der Landtagswahl 1971 um 197 000 und bei der Bundestagswahl 1972 um 213 500 auf die Senkung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre zurückzuführen. Aber auch in den 70er und 80er Jahren hielt trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen die Zunahme der Zahl der Wahlberechtigten an, da sich der für die abnehmende Bevölkerung verantwortliche Geborenenrückgang bei den Wahlberechtigten erst nach 18 Jahren hätte auswirken können. Seit 1988 sorgten aber Zuwanderungen von Über- und Aussiedlern deutscher Staats- bzw. Volkszugehörigkeit für ansteigende Bevölkerungs- und Wahlberechtigtenzahlen.

Steigende Nichtwählerquoten seit Anfang der 80er Jahre

Obwohl sich die Zahl der Wahlberechtigten bei den Landtagswahlen von 1947 bis 1991 nahezu verdoppelte und bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 1990 immerhin um gut 54 % zunahm, hat sich die Zahl der Nichtwähler im langfristigen Trend bis Anfang der 80er Jahre verringert. Verzichtete bei der Bundestagswahl 1949, der ersten Wahl auf nationaler Ebene nach dem Zweiten Weltkrieg, noch gut ein Fünftel aller Wahlberechtigten auf das Wahlrecht, so nahm der Nichtwähleranteil schon bei der folgenden Wahl um 6,4 Prozentpunkte ab und lag dann von 1957 bis 1969 zwischen 11,7 und 13 %. 1972 und 1976 wurden mit 8,4 und 8,5 % die bisher niedrigsten Nichtwähleranteile ermittelt. Politische Auseinandersetzungen in der Ost- und in der Wirtschaftspolitik, ein gescheitertes Mißtrauensvotum der Opposition und die fehlende Mehrheit für die Vertrauensfrage des Kanzlers hatten offenbar bei den vorgezogenen Neuwahlen von 1972 zu einer hohen Mobilisierung der Wahlberechtigten geführt, die auch 1976 anhielt. Seit 1980 ist dann wieder geringeres politisches

Interesse der Wahlberechtigten zu beobachten. 1980 und 1983 blieben rund ein Zehntel, 1987 13,3 % und 1990 schließlich 18,3 % der Wahlberechtigten den Wahlurnen fern. Dies war der höchste Nichtwähleranteil seit 1949. 538 534 Rheinland-Pfälzer beteiligten sich nicht an der Wahl zum Deutschen Bundestag. Nur 0,6 Prozentpunkte höher und damit auf gleich niedrigem Niveau stagnierte die Beteiligungsziffer 1994.

Landtagswahlen stoßen bei den Bürgern seit jeher auf ein weit geringeres Interesse als Bundestagswahlen; zwischen 1951 und 1987 waren die Nichtwähleranteile stets etwa doppelt so hoch. Sie pendelten zwischen 18,6 und 25,2 %. Eine Ausnahme bildete das Jahr 1983, als sich der Nichtwähleranteil als Folge der gleichzeitig durchgeführten Bundestagswahl gegenüber der vorangegangenen Wahl nahezu halbierte. Der höchste Nichtwähleranteil wurde mit 26,1 % bei der letzten Landtagswahl im Jahre 1991 registriert. 765 309 oder weit mehr als ein Viertel der Wahlberechtigten machte vom Wahlrecht keinen Gebrauch.

Nur noch geringe Unterschiede in den Beteiligungsquoten der Männer und Frauen

Die Wahlbeteiligung der Frauen liegt zwar traditionell unter der der Männer, hat sich aber, wie die repräsentativen Auswertungen zeigen, tendenziell dem Wahlverhalten der Männer angeglichen. Seit der Bundestagswahl 1972 und der Landtagswahl 1975 lassen sich keine wesentlichen Unterschiede in der Wahlbeteiligung von Männern und Frauen mehr erkennen. Die Differenzen in den Beteiligungsquoten betragen nur noch zwischen 1,2 und 0,6 Prozentpunkte. Das Geschlecht hat mit dem wachsenden politischen Engagement der Frauen für die Mobilisierbarkeit der Wahlberechtigten zunehmend an Bedeutung verloren.

**Nichtwähleranteile bei den Bundestagswahlen
1957 bis 1990 nach Geschlecht**

Wahl	Männer	Frauen
BW 57	9,1	13,3
BW 61	10,2	13,2
BW 65	10,8	13,3
BW 69	11,4	14,2
BW 72	7,3	8,3
BW 76	8,1	9,1
BW 80	10,5	11,1
BW 83	9,3	10,5
BW 87	13,4	14,5
BW 90	19,6	20,4

**Nichtwähleranteile bei den Landtagswahlen
1967 bis 1991 nach Geschlecht**

Wahl	Männer	Frauen
LW 67	19,6	23,2
LW 71	18,2	21,9
LW 75	19,1	20,3
LW 79	19,3	20,0
LW 83	9,3	10,4
LW 87	22,4	23,5
LW 91	28,2	29,2

Die wachsende politische Partizipation der Frauen und ihr gesteigertes Interesse an Wahlen wird auch durch einen historischen Rückblick verdeutlicht. In der Weimarer Republik lag die Wahlbeteiligung der Frauen deutlich unter der der Männer. Aber auch schon bei den Wahlen zum Reichstag verringerte sich die Differenz zwischen 1924 und 1930 von nahezu 14 auf 6 Prozentpunkte. Die geringste jemals registrierte Differenz in der Wahlbeteiligung zwischen Männern und Frauen wurde übrigens bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung 1919 mit 0,1 % ermittelt, als Frauen in Deutschland erstmals wahlberechtigt waren.

Als Ursache für den Unterschied zwischen dem politischen Interesse der Männer und Frauen konstatierte 1928 ein Zeitgenosse: „Sie sind fraglos nach Anlage

1) Hartwig, R.: „Wie die Frauen im Deutschen Reich von ihrem politischen Wahlrecht Gebrauch machen“, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Jg. 17 (1928), S. 506.

2) Bock, Ernst; Wahlstatistik. Ein Beitrag zur politischen Statistik, Dissertation, Halle/Saale, 1919.

3) Berliner Statistik; Sonderheft 97 (November 1966) „Die Wahlen am 17. Februar 1966 in Berlin (West)“, S. 21.

4) Buchhofer/Friedrichs/Lütke: „Hypothesen über die Ursachen geringer Wahlbeteiligung von jüngeren Altersgruppen“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 1, September 1970, Heft 2, S. 164 bis 170.

Veränderung der Nichtwähleranteile bei den Bundestagswahlen 1983 bis 1990 nach Altersklassen und Geschlecht

Alter in Jahren	Männer	Frauen	Insgesamt
	% - Punkte		
18 - 21	+ 14,8	+ 16,4	+ 15,6
21 - 25	+ 15,0	+ 11,9	+ 13,6
25 - 30	+ 15,7	+ 13,8	+ 14,8
30 - 35	+ 13,9	+ 11,6	+ 12,8
35 - 40	+ 11,5	+ 10,6	+ 11,1
40 - 45	+ 10,1	+ 9,6	+ 9,9
45 - 50	+ 6,9	+ 8,0	+ 7,5
50 - 60	+ 7,2	+ 6,0	+ 6,6
60 - 70	+ 5,0	+ 6,5	+ 5,8
70 u. mehr	+ 8,2	+ 12,2	+ 10,9
Insgesamt	+ 10,3	+ 9,9	+ 10,1

Veränderung der Nichtwähleranteile bei den Landtagswahlen 1983 bis 1991 nach Altersklassen und Geschlecht

Alter in Jahren	Männer	Frauen	Insgesamt
	% - Punkte		
18 - 21	+ 23,5	+ 23,9	+ 23,7
21 - 25	+ 26,0	+ 24,1	+ 25,1
25 - 30	+ 27,0	+ 26,5	+ 26,8
30 - 35	+ 25,8	+ 26,8	+ 26,3
35 - 40	+ 21,4	+ 22,2	+ 21,8
40 - 45	+ 22,0	+ 19,7	+ 20,9
45 - 50	+ 17,7	+ 17,8	+ 17,7
50 - 60	+ 13,4	+ 13,1	+ 13,2
60 - 70	+ 11,1	+ 13,9	+ 12,6
70 und mehr	+ 12,2	+ 15,4	+ 14,3
Insgesamt	+ 18,9	+ 18,8	+ 18,8

und Erziehung unpolitischer und gehen mit zunehmendem Alter den Mühen und Ungelegenheiten, die eine Wahl mit sich bringt, leichter aus dem Weg,⁽¹⁾ eine These, die wie die oben dargelegte Entwicklung zeigt, längst nicht mehr haltbar ist.

Geringer Wahleifer der jungen Wahlberechtigten

Demgegenüber sind erhebliche Unterschiede in den Beteiligungsquoten der Wahlberechtigten nach dem Alter zu beobachten. Die repräsentativen Auszählungen zeigen, daß jüngere Menschen ein wesentlich geringeres Interesse an Wahlen haben als ältere. Besonders ausgeprägt und überdurchschnittlich ist die Wahlenthaltung bis zum 35. Lebensjahr, wobei seit Beginn der repräsentativen Auszählungen das geringste Interesse bei den 21- bis 25jährigen zu beobachten ist; 30,6 % von ihnen verzichteten 1990 auf ihr Wahlrecht zum Deutschen Bundestag, 42,1 % blieben 1991 der Landtagswahl fern. Mit zunehmendem Alter steigen die Beteiligungsquoten und erreichen ihren Höhepunkt bei den 60- bis 70jährigen.

Die geringe Wahlbeteiligung der Jungen wird schon Anfang der Weimarer Zeit beklagt und mit „politischer Unreife und Interessenlosigkeit“⁽²⁾ erklärt und auch noch 40 Jahre später wird „fehlende Einsicht in die Bedeutung politischer Wahlen“⁽³⁾ vermutet. Andere Autoren suchen in der „hohen regionalen Mobilität und sich daraus ergebenden administrativen Barrieren“⁽⁴⁾ Gründe für die Wahlenthaltung junger Menschen, eine Erklärung, die zwar für frühere Wahlen zutreffen mag, aber mit der Einführung der Briefwahl höchst fragwürdig geworden ist. Die repräsentativen Erhebungen zeigen vielmehr, daß überwiegend ältere Wahlberechtigte Wahlscheine beantragen und von der Briefwahl Gebrauch machen. Bei der Bundestagswahl 1990 waren über 40 % aller Briefwähler 60 Jahre und älter; bei der Landtagswahl sogar rund 45 %. Während rund 9 % der 60- bis 70jährigen und über 17 % der über 70jährigen einen Wahlschein beantragt hatten, betrug der Anteil bei den 18- bis 21jährigen lediglich 4,7 %.

Der dramatische Rückgang der Wahlbeteiligung ist gleichermaßen auf das nachlassende Wahlinteresse beider Geschlechter und aller Altersgruppen zurückzuführen, jedoch bei jüngeren Wahlberechtigten wesentlich stärker ausgeprägt als bei den älteren. So nahm der Nichtwähleranteil bei den Bundestagswahlen von 1983 bis 1990 bei den Erstwählern um 15,6 Prozentpunkte zu, gefolgt von den 25- bis 30jährigen (14,8 Prozentpunkte). Bei Landtagswahlen zeigte sich die negative Entwicklung insbesondere bei den 25- bis 30jährigen (26,8 Prozentpunkte), schlug aber auch bei den 21- bis 25jährigen (25,1 Prozentpunkte) und den Erstwählern (23,7 Prozentpunkte) erheblich zu Buche.

Die vorliegenden repräsentativen Ergebnisse der Bundestagswahlen seit 1957 und der Landtagswahlen seit 1967 zeigen, daß das unterschiedliche Interesse an Wahlen nicht das Wahlverhalten einer bestimmten Generation war, sondern alterstypisch über den gesamten Erhebungszeitraum zu beobachten ist. Den Parteien ist es bisher nicht gelungen, grundsätzliche Verhaltensstrukturen einzelner Altersgruppen zu beeinflussen.

Nichtwähler bei Bundestagswahlen 1980 bis 1994
nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	1980	1983	1987	1990	1994
	%				
Kreisfreie Stadt Koblenz	12,1	11,7	15,9	21,8	19,1
Landkreise					
Ahrweiler	9,4	8,1	12,3	17,4	17,0
Altenkirchen (Ww.)	9,0	8,5	12,4	17,7	17,1
Bad Kreuznach	9,4	9,6	13,3	18,8	18,3
Birkenfeld	11,7	11,3	15,0	20,6	20,8
Cochem-Zell	8,3	7,4	9,7	13,8	15,3
Mayen-Koblenz	10,2	9,7	13,2	18,8	18,1
Neuwied	9,7	9,0	13,0	18,6	18,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	8,4	8,3	11,2	15,5	16,4
Rhein-Lahn-Kreis	9,9	9,8	13,9	18,5	16,8
Westerwaldkreis	9,5	9,1	12,7	17,4	17,3
RB Koblenz	9,8	9,4	13,1	18,3	17,7
Kreisfreie Stadt Trier	13,9	13,9	17,9	23,8	22,3
Landkreise					
Bernkastel-Wittlich	11,3	10,1	13,7	18,5	18,7
Bitburg-Prüm	11,7	10,5	14,1	19,1	18,6
Daun	10,0	9,0	11,6	16,8	17,6
Trier-Saarburg	8,6	8,1	10,5	15,3	15,2
RB Trier	11,1	10,3	13,5	18,6	18,3
Kreisfreie Städte					
Frankenthal (Pfalz)	10,4	10,2	14,3	19,4	18,8
Kaiserslautern	14,4	13,8	18,6	25,2	23,7
Landau i. d. Pfalz	12,8	11,2	15,2	20,6	19,6
Ludwigshafen a. Rh.	12,3	11,4	16,1	21,9	20,1
Mainz	10,8	10,4	15,4	20,1	18,4
Neustadt a. d. Weinstr.	10,1	9,5	12,7	17,0	17,2
Pirmasens	14,4	14,0	19,9	28,0	26,1
Speyer	11,3	10,9	15,4	20,4	20,3
Worms	12,8	12,6	18,3	24,2	22,6
Zweibrücken	12,0	11,8	16,3	22,1	21,3
Landkreise					
Alzey-Worms	8,2	7,7	11,5	17,3	16,2
Bad Dürkheim	8,9	8,6	11,6	16,3	15,5
Donnersbergkreis	9,6	9,6	12,7	18,2	18,0
Germersheim	8,7	8,3	10,8	16,1	16,1
Kaiserslautern	9,3	8,9	11,8	16,5	16,5
Kusel	10,7	10,3	12,9	17,2	18,0
Südliche Weinstraße	8,0	7,7	10,2	14,8	14,9
Ludwigshafen	7,0	6,5	9,1	13,3	13,0
Mainz-Bingen	8,5	8,1	11,7	15,9	15,0
Pirmasens	7,8	7,4	10,9	14,5	14,5
RB Rheinhessen-Pfalz	10,1	9,6	13,3	18,3	17,6
Rheinland-Pfalz	10,1	9,6	13,3	18,3	17,7
kreisfreie Städte	12,3	11,8	16,4	22,1	20,6
Landkreise	9,3	8,8	12,1	17,0	16,8

Nichtwähler bei Landtagswahlen 1979 bis 1991
nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	1979	1983	1987	1991
	%			
Kreisfreie Stadt Koblenz	22,5	11,9	26,9	28,4
Landkreise				
Ahrweiler	18,4	8,1	22,7	27,2
Altenkirchen (Ww.)	16,9	8,4	22,1	24,6
Bad Kreuznach	18,4	9,6	22,4	26,3
Birkenfeld	21,5	11,3	25,5	29,5
Cochem-Zell	15,2	7,4	16,9	19,7
Mayen-Koblenz	18,7	9,5	22,8	25,2
Neuwied	19,1	9,1	23,1	26,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	14,8	8,3	18,5	20,8
Rhein-Lahn-Kreis	17,8	9,8	21,3	24,3
Westerwaldkreis	17,4	9,1	22,1	25,4
RB Koblenz	18,4	9,4	22,5	25,5
Kreisfreie Stadt Trier	26,1	14,0	30,8	31,1
Landkreise				
Bernkastel-Wittlich	19,7	10,1	24,3	26,2
Bitburg-Prüm	19,6	10,5	25,3	26,6
Daun	17,8	9,0	22,0	25,5
Trier-Saarburg	15,9	8,2	20,4	21,9
RB Trier	19,8	10,3	24,5	25,9
Kreisfreie Städte				
Frankenthal (Pfalz)	19,0	10,2	25,8	28,8
Kaiserslautern	24,1	13,7	31,0	34,6
Landau i. d. Pfalz	22,1	11,2	26,5	27,8
Ludwigshafen a. Rh.	22,7	11,3	28,8	32,1
Mainz	20,3	10,4	24,3	28,6
Neustadt a. d. Weinstr.	17,7	9,6	21,4	25,0
Pirmasens	25,3	13,9	32,9	36,9
Speyer	20,6	11,0	27,1	30,5
Worms	22,9	12,5	28,8	33,2
Zweibrücken	24,1	11,8	28,5	32,8
Landkreise				
Alzey-Worms	14,7	7,7	19,7	24,1
Bad Dürkheim	16,9	8,5	20,6	24,2
Donnersbergkreis	16,8	9,6	20,6	25,4
Germersheim	16,2	8,4	21,4	25,3
Kaiserslautern	16,2	8,8	20,5	23,5
Kusel	19,0	10,3	22,2	25,1
Südliche Weinstraße	15,1	7,7	18,8	22,1
Ludwigshafen	13,3	6,5	18,1	21,7
Mainz-Bingen	16,1	8,1	20,2	23,4
Pirmasens	14,8	7,4	19,2	22,3
RB Rheinhessen-Pfalz	18,4	9,6	23,1	26,7
Rheinland-Pfalz	18,6	9,6	23,0	26,1
kreisfreie Städte	22,4	11,8	27,7	30,8
Landkreise	17,2	8,8	21,4	24,5

Neben individuellen Merkmalen der Wahlberechtigten, wie Alter und Geschlecht, sind für die Entscheidung über die Wahlteilnahme offenbar auch kollektive Faktoren maßgebend. Solche aggregierte Daten geben Auskunft über das Wahlverhalten einer größeren Anzahl von Wahlberechtigten in territorialen Einheiten mit bestimmten sozioökonomisch dominierenden Strukturen, wie konfessionelle Zusammensetzung der Wahlberechtigten, Urbanisierungsgrad des Untersuchungsgebiets sowie seine wirtschaftliche und politische Gliederung.

Regional unterschiedliches Interesse

In den Verwaltungskreisen sind zum Teil erhebliche Unterschiede in den Beteiligungsquoten der Wahlberechtigten feststellbar. Die Differenz zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Wert betrug beispielsweise bei der Landtagswahl 1991 über 17, bei der Bundestagswahl 1994 mehr als 13 Prozentpunkte.

In den Landkreisen zeigen die Wahlberechtigten grundsätzlich ein größeres Interesse an Wahlen als in kreisfreien Städten. Während die Wahlbeteiligung in den Landkreisen stets über dem Landesdurchschnitt liegt, werden in den kreisfreien Städten unterdurchschnittliche Werte ermittelt. Eine Ausnahme bildet mit Werten über dem Landesdurchschnitt Neustadt an der Weinstraße, während in Pirmasens traditionell die niedrigste Wahlbeteiligung registriert wird. Vergleichsweise hohe Beteiligungsquoten melden stets die Landkreise

Nichtwähler bei Bundestagswahlen 1980 bis 1994
nach Größenklassen

Gemeinden mit ... Wahlberechtigten	1980	1983	1987	1990	1994
	%				
unter 250	9,8	9,0	12,1	16,4	16,7
250 – 500	9,2	8,5	11,6	16,5	17,1
500 – 1 000	9,3	8,7	11,9	16,6	17,3
1 000 – 2 000	8,8	8,3	11,5	16,3	17,3
2 000 – 5 000	9,5	8,8	12,8	18,1	19,2
5 000 – 10 000	10,2	9,4	13,7	19,3	20,3
10 000 – 20 000	10,4	9,7	14,1	20,2	20,8
20 000 – 50 000	12,7	12,0	16,7	23,1	23,9
50 000 und mehr	13,7	12,6	17,9	24,3	23,8
Insgesamt	10,1	9,6	13,3	18,3	17,7

Nichtwähler bei Landtagswahlen 1979 bis 1991
nach Größenklassen

Gemeinden mit ... Wahlberechtigten	1979	1983	1987	1991
	%			
unter 250	16,0	8,9	20,7	22,7
250 – 500	16,6	8,5	20,6	24,0
500 – 1 000	17,0	8,7	21,4	24,3
1 000 – 2 000	16,6	8,2	20,9	24,2
2 000 – 5 000	17,5	8,9	22,8	26,5
5 000 – 10 000	19,0	9,4	24,4	28,2
10 000 – 20 000	19,4	9,6	25,6	29,1
20 000 – 50 000	22,8	12,0	28,9	32,7
50 000 und mehr	24,0	12,6	30,6	33,8
Insgesamt	18,6	9,6	23,0	26,1

Cochem-Zell, Trier-Saarburg, der Rhein-Hunsrück-Kreis, die Landkreise Ludwigshafen, Pirmasens, Südliche Weinstraße und Mainz-Bingen. Traditionell niedrig ist der Wahleifer im Landkreis Birkenfeld.

Zwischen 1983 und 1991 ist die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen in den kreisfreien Städten um 19, in den Landkreisen um 15,7 Prozentpunkte zurückgegangen; bei Bundestagswahlen betragen die entsprechenden Werte zwischen 1983 und 1990 10,3 und 8,2 Prozentpunkte.

Höhere Beteiligungsquoten in kleineren Gemeinden

Grundsätzlich sinkt die Wahlbeteiligung mit zunehmender Zahl der Wahlberechtigten einer Gemeinde, das heißt mit ihrer Größe. Bereits ab 10 000 Wahlberechtigten liegen die Beteiligungsquoten unter dem Landesdurchschnitt und fallen tendenziell zunehmend mit der Zahl der Wahlberechtigten, um bei 50 000 bis 100 000 ihren Tiefstand zu erreichen. Anscheinend führt die größere Transparenz der Wahlteilnahme in überschaubaren Gemeinwesen zu einem gesellschaftlichen Wahlzwang, während die Anonymität der Stadt das Fernbleiben von der Wahl erleichtert.

Wenngleich die Gemeindegröße topographische Gegebenheiten, wie die Lage „auf dem Lande“ oder „als Vorort einer größeren Stadt“ nicht berücksichtigt, so deuten die Beteiligungsquoten doch auf ein unterschiedliches Wahlverhalten in städtisch und ländlich strukturierten Gebieten hin. Dies bestätigt auch eine Gruppierung der Stadt- und Landkreise nach der Bevölkerungsdichte: Je höher die Bevölkerungsdichte und somit der Grad der Urbanität, desto niedriger die Wahlbeteiligung.

Andere früher gebietstypische Merkmale ländlicher Gebiete, wie Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft sind mit der Zuwanderung aus den Städten, der Industrialisierung des Agrarsektors und der Abnahme der landwirtschaftlichen Betriebe zunehmend verblaßt. Sozialer Wandel und Mobilität haben vielmehr dazu geführt, daß man kaum noch reine Bevölkerungsstrukturen vorfindet. So liefern Stadt-Land-Unterschiede allein keine Erklärung für unterschiedliches Wahlverhalten. Sie stehen heute eher für bestimmte Relationen der Berufsstrukturen, der Zugehörigkeit zu sozialen Schichten und der konfessionellen Zusammensetzung der Wahlberechtigten eines Raumes.

Es müssen also neben dem Grad der Urbanisierung andere dominierende soziale Strukturen in die Analyse einbezogen werden. Problematisch ist hierbei, daß sich in dem jeweils zu untersuchenden Gebiet stets mehrere Einflußfaktoren überlagern. Daneben ist zu beachten, daß in Gebieten städtischer und ländlicher Prägung gleiche Merkmale unterschiedliche Situationen zum Inhalt haben können. So wird sich ein hoher Anteil von Selbständigen in kleinen Gemeinden aus Landwirten, in Städten aus Gewerbetreibenden zusammensetzen. Ein Arbeiter in ländlicher Gegend kann aufgrund unterschiedlicher Kommunikationsstrukturen anders geprägt sein als einer in der Stadt.

Nichtwähler 1979 bis 1994 nach Anteil der Erwerbstätigen in den Wirtschaftsbereichen

Anteil der Erwerbstätigen . . .	Bevölkerungsdichte	Nichtwähler								
		Landtagswahl				Bundestagswahl				
		1979	1983	1987	1991	1980	1983	1987	1990	1994
		%								
in der Land- und Forstwirtschaft	niedrig	17,8	9,2	21,9	25,3	9,7	9,2	12,7	17,4	17,2
	hoch	20,3	10,4	25,3	28,3	11,0	10,5	14,6	20,1	18,9
	niedrig	16,9	8,8	21,1	23,9	9,4	8,9	12,0	16,9	16,9
	hoch	17,2	8,8	21,1	24,3	9,3	8,8	12,2	16,6	15,9
im produzierenden Gewerbe	niedrig	17,5	9,0	21,6	24,6	9,6	9,0	12,4	17,3	17,1
	hoch	20,7	10,8	25,0	27,8	11,2	10,8	14,8	20,1	18,8
	niedrig	16,9	8,9	21,0	24,4	9,3	9,0	12,2	16,8	16,8
	hoch	18,8	9,5	23,9	27,3	10,1	9,5	13,4	18,7	17,9
in Handel und Verkehr	niedrig	17,7	9,1	21,8	25,0	9,8	9,1	12,3	17,1	17,2
	hoch	18,8	9,4	23,5	27,2	9,9	9,4	13,3	18,3	17,4
	niedrig	16,7	8,9	21,0	24,0	9,1	8,9	12,3	17,2	16,8
	hoch	20,6	10,8	25,4	27,9	11,3	10,8	14,9	20,5	19,2
im Dienstleistungsgewerbe	niedrig	17,2	9,0	21,4	24,3	9,6	9,0	12,2	17,0	17,1
	hoch	18,3	9,3	23,2	26,4	9,9	9,4	13,1	18,3	17,4
	niedrig	17,6	8,9	21,5	25,2	9,3	8,9	12,6	17,5	16,9
	hoch	21,7	11,3	26,3	29,2	11,7	11,2	15,5	21,0	19,7

Nach Erkenntnis der Wahlforschung bestehen die auffälligsten Unterschiede in den Parteipräferenzen zwischen Berufsgruppen und Konfessionen. Dies legt nahe, zunächst zu untersuchen, ob diese Merkmale im Zusammenwirken mit Stadt-Land-Unterschieden auch die Entscheidung, an der Wahl teilzunehmen, beeinflussen.

Die Gruppierung der Bevölkerung in den Kreisen nach überdurchschnittlichen Anteilen einzelner Berufsgruppen zeigt die geringste Wahlenthaltung bei den Selbständigen, gefolgt von den Arbeitern. Geringer ist der Wahleifer in Kreisen mit einem überdurchschnittlichen Beamten- und Angestelltenanteil. Der Rückgang

der Wahlbeteiligung ist bei den Arbeitern geringfügig höher als bei den beiden anderen Berufsgruppen.

Zusammenhänge zwischen Wahlenthaltung und Erwerbsstruktur können anhand der Anteile von Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft, im produzierenden Gewerbe, in Handel und Verkehr sowie im Dienstleistungsgewerbe herausgearbeitet werden.

Diese Gruppierung zeigt die geringsten Nichtwählerquoten bei hohen Anteilen von Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft. In Gebieten mit hohen Anteilen Erwerbstätiger im produzierenden Gewerbe ist die Wahlenthaltung insbesondere bei hoher Bevölkerungs-

Nichtwähler nach Stellung im Beruf

Anteil der . . .	Bevölkerungsdichte	Nichtwähler								
		Landtagswahl				Bundestagswahl				
		1979	1983	1987	1991	1980	1983	1987	1990	1994
		%								
Selbständigen	niedrig	17,0	9,0	21,2	25,5	9,4	9,1	12,5	17,0	16,7
	hoch	20,5	10,6	25,5	28,5	11,1	10,6	14,7	20,2	19,1
	niedrig	17,4	9,0	21,6	24,7	9,6	9,0	12,2	17,3	17,2
	hoch	17,8	8,9	21,7	25,0	9,4	8,8	12,4	17,2	16,5
Beamten/Angestellten	niedrig	17,2	9,0	21,4	24,4	9,5	9,0	12,2	17,0	17,1
	hoch	18,7	9,7	23,8	25,7	10,2	9,8	13,6	19,1	18,3
	niedrig	18,0	9,0	22,0	25,7	9,7	9,0	13,1	17,9	16,9
	hoch	20,0	10,2	24,7	27,6	10,8	10,3	14,3	19,5	18,4
Arbeiter	niedrig	17,0	9,0	21,4	24,4	9,5	9,0	12,2	17,0	17,1
	hoch	19,5	9,7	23,8	25,7	10,2	9,8	13,6	19,1	18,3
	niedrig	17,5	9,0	22,0	25,7	9,7	9,0	13,1	17,9	16,9
	hoch	20,3	10,2	24,7	27,6	10,8	10,3	14,3	19,5	18,4

Nichtwähler nach der Arbeitslosenquote

Arbeitslosenquote	Bevölkerungsdichte	Nichtwähler								
		Landtagswahl				Bundestagswahl				
		1979	1983	1987	1991	1980	1983	1987	1990	1994
		%								
niedrig	niedrig	17,0	8,8	21,3	24,1	9,4	8,8	12,1	16,9	16,8
	hoch	18,1	9,1	22,3	25,4	9,5	9,1	12,8	17,8	16,8
hoch	niedrig	17,8	9,4	21,8	25,4	9,7	9,5	12,8	17,7	17,6
	hoch	22,1	11,7	27,8	30,9	12,2	11,7	16,0	21,8	20,7

dichte, also in den Städten, höher. In noch ausgeprägterem Maße trifft diese Beobachtung für hohe Anteile in Handel und Verkehr und insbesondere im Dienstleistungsgewerbe zu. Die geringsten Nichtwählerzuwächse gab es in eher landwirtschaftlich geprägten Gebieten.

Die Unterteilung der Gruppierungen nach der Bevölkerungsdichte zeigt bei den Erwerbstätigen aller Wirtschaftsbereiche niedrigere Enthaltungsquoten in ländlich strukturierten Gebieten. Dies verstärkt die früher

erwähnte Vermutung vom „gesellschaftlichen Wahlzwang“ in überschaubaren Kommunikationsstrukturen.

Überdurchschnittliche Nichtwähleranteile bei hohen Arbeitslosenquoten in dicht besiedelten Räumen deuten auf Zusammenhänge von Arbeitslosigkeit und der Neigung zum Verzicht auf politische Partizipation, insbesondere in Städten, hin. Auch die Auflistung der Kreise nach Arbeitslosenquoten und Nichtwählern gibt hierzu deutliche Hinweise. So ist in Pirmasens, wo über Jahre die höchste Arbeitslosenquote registriert wird,

Arbeitslosenquote und Anteil der Nichtwähler bei Bundes- und Landtagswahlen 1987 - 1994 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt Landkreis	Arbeitslosenquote				Nichtwähler				
	1987	1990	1991	1994	BW 87	LW 87	BW 90	LW 91	BW 94
	%								
Kfr St Koblenz	10,7	7,4	5,7	7,4	15,9	26,9	21,8	28,4	19,1
LK Ahrweiler	10,2	7,0	4,9	6,3	12,3	22,7	17,4	27,2	17,0
LK Altenkirchen (Ww)	8,1	5,3	4,0	7,6	12,4	22,1	17,7	24,6	17,1
LK Bad Kreuznach	10,8	8,1	7,2	9,3	13,3	22,4	18,8	26,3	18,3
LK Birkenfeld	10,0	7,1	6,9	10,6	15,0	25,5	20,6	29,5	20,8
LK Cochem-Zell	10,4	5,9	4,9	6,7	9,7	16,9	13,8	19,7	15,3
LK Mayen-Koblenz	11,4	6,1	4,9	6,9	13,2	22,8	18,8	25,2	18,1
LK Neuwied	10,3	6,0	4,7	6,8	13,0	23,1	18,6	26,6	18,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	10,3	6,2	6,5	8,7	11,2	18,5	15,5	20,8	16,4
Rhein-Lahn-Kreis	6,9	5,9	4,7	6,5	13,9	21,3	18,5	24,3	16,8
Westerwaldkreis	8,2	5,3	4,0	6,6	12,7	22,1	17,4	25,4	17,3
Kfr St Trier	15,7	11,0	8,7	10,2	17,9	30,8	23,8	31,1	22,3
LK Bernkastel-Wittlich	12,3	6,8	5,8	7,5	13,7	24,3	18,5	26,2	18,7
LK Bitburg-Prüm	13,0	7,0	6,4	7,2	14,1	25,3	19,1	26,6	18,6
LK Daun	12,5	6,8	5,9	7,1	11,6	22,0	16,8	25,5	17,6
LK Trier-Saarburg	10,9	6,3	5,0	6,7	10,5	20,4	15,3	21,5	15,2
Kfr St Frankenthal/Pf.	9,5	6,4	5,5	8,9	14,3	25,8	19,4	28,8	18,8
Kfr St Kaiserslautern	11,5	8,7	8,6	14,1	18,6	31,0	25,2	34,6	23,7
Kfr St Landau i.d.Pf.	9,6	5,9	5,5	8,2	15,2	26,5	20,6	27,8	19,6
Kfr St Ludwigshafen	9,9	7,1	6,1	9,3	16,1	28,8	21,9	32,1	20,1
Kfr St Mainz	7,6	5,4	4,5	7,4	15,4	24,3	20,1	28,6	18,4
Kfr St Neustadt a.d.W.	8,5	5,5	4,9	7,8	12,7	21,4	17,0	25,0	17,2
Kfr St Pirmasens	14,1	10,1	10,1	16,8	19,9	32,9	28,0	36,9	26,1
Kfr St Speyer	9,9	7,0	5,9	8,6	15,4	27,1	20,4	30,5	20,3
Kfr St Worms	11,0	7,3	6,3	10,4	18,3	28,8	24,2	33,2	22,6
Kfr St Zweibrücken	12,8	7,2	7,4	14,0	16,3	28,5	22,1	32,8	21,3
LK Alzey-Worms	8,6	5,2	4,1	7,7	11,5	19,7	17,3	24,1	16,2
LK Bad Dürkheim	6,9	4,1	3,4	6,4	11,6	20,6	16,3	24,2	15,5
Donnersbergkreis	9,4	6,1	6,3	10,8	12,7	20,6	18,2	25,4	18,0
LK Germersheim	7,0	4,4	3,8	8,4	10,8	21,4	16,1	25,3	16,1
LK Kaiserslautern	8,5	6,7	6,8	11,1	11,8	20,5	16,5	23,5	16,5
LK Kusel	11,3	7,2	7,4	11,7	12,9	22,2	17,2	25,1	18,0
LK Südliche Weinstraße	8,2	5,4	4,4	7,7	10,2	18,8	14,8	22,1	14,9
LK Ludwigshafen	5,7	3,5	3,2	5,8	9,1	18,1	13,3	21,7	13,0
LK Mainz-Bingen	6,6	3,8	3,2	6,0	11,7	20,2	15,9	23,4	15,0
LK Pirmasens	9,8	7,5	7,1	11,2	10,9	19,2	14,5	22,3	14,5

Nichtwähler nach Anteil der Katholiken

Anteil der Katholiken	Bevölkerungsdichte	Nichtwähler								
		Landtagswahl				Bundestagswahl				
		1979	1983	1987	1991	1980	1983	1987	1990	1994
		%								
niedrig	niedrig	17,5	9,3	21,4	25,0	9,6	9,4	12,7	17,8	17,4
	hoch	17,1	10,0	24,4	27,9	10,6	10,1	14,2	19,3	18,2
hoch	niedrig	19,5	8,7	21,5	24,1	9,5	8,7	12,0	16,6	16,8
	hoch	20,2	10,3	24,5	26,9	10,7	10,3	13,9	19,6	18,5

Nichtwähler nach Hochburgen

Hochburg	Bevölkerungsdichte	Nichtwähler								
		Landtagswahl				Bundestagswahl				
		1979	1983	1987	1991	1980	1983	1987	1990	1994
		%								
CDU - Anteil hoch	niedrig	16,9	8,6	21,2	23,9	9,3	8,6	11,8	16,5	16,6
	hoch	19,1	9,2	23,4	26,5	10,3	9,0	11,7	17,7	16,9
SPD - Anteil hoch	niedrig	17,8	9,5	21,8	24,8	9,8	9,6	13,0	17,7	17,3
	hoch	19,8	10,2	25,9	30,2	10,8	10,5	15,0	20,6	20,4
F.D.P. - Anteil hoch	niedrig	17,5	9,0	21,1	25,3	9,3	9,3	12,7	18,0	17,6
	hoch	19,2	8,8	23,7	25,9	9,7	9,7	13,5	18,6	16,8
GRÜNE - Anteil hoch	niedrig	-	8,6	19,6	24,0	8,9	8,9	11,5	17,4	16,9
	hoch	-	10,6	24,6	29,2	10,7	10,7	15,6	19,7	19,0

das Interesse, an Wahlen teilzunehmen, durchweg am geringsten.

Das Wahlverhalten hängt, soweit es von konfessionellen Faktoren beeinflusst wird, sicher weniger von der Religionszugehörigkeit als von der kirchlichen Bindung ab. Außerdem wird bei der Wahlentscheidung eine Rolle spielen, ob der Wähler in einer rein oder gemischt konfessionellen Umgebung lebt.

Der Vergleich der aggregierten Daten zeigt, daß die Konfessionszugehörigkeit für die Entscheidung, an der Wahl teilzunehmen, im Gegensatz zu den von der Wahlforschung ermittelten unterschiedlichen Parteipräferenzen von eher geringer Bedeutung ist. Deutlich wird jedoch, daß bei beiden Konfessionen die Wahlenthaltung in den Städten zum Teil deutlich höher ist als auf dem Lande.

Abschließend sollen noch die Hochburgen der beiden großen Parteien in die Betrachtung einbezogen werden. Die CDU hat hohe Stimmenanteile in ländlich strukturierten, das heißt eher dünnbesiedelten Gebieten, mit einem überdurchschnittlichen Anteil ländlicher Selbständiger und einem hohen Katholikenanteil. Beispiele hierfür sind die Landkreise Daun und Bittburg-Prüm. Die SPD ist stärker in den großen Städten des Landes, den Dienstleistungszentren, wie Mainz und Ludwigshafen am Rhein, vertreten.

Die aggregierten Daten zeigen, daß CDU-Sympathisanten sowohl auf dem Land als auch in den Städten

offenbar seltener auf ihr Wahlrecht verzichten als SPD-Anhänger. Außerdem läßt sich in den SPD-Hochburgen ein etwas stärkerer Rückgang der Wahlbeteiligung beobachten.

Wahlenthaltung, ein politisches Instrument?

Die Entwicklung der Wahlenthaltung und die Struktur der Nichtwählerschaft konnten, wie schon eingangs erwähnt, nur anhand individueller und kollektiver Merkmale aus amtlichen Erhebungen aufgezeigt werden. Die große politische Bedeutung des Phänomens „Wahlenthaltung“ gibt Anlaß zu weiteren Untersuchungen unter Einbeziehung zusätzlicher, sich stets überlagernder Faktoren, deren Gewicht und Relevanz durch eingehendere Korrelationsrechnungen zu belegen sind.

Über Erklärungen des Nichtwählens und die Motive zur Wahlenthaltung konnten die Ausführungen keine Hinweise geben. Die dargestellte Entwicklung deutet aber darauf hin, daß nicht allein politische Interessenlosigkeit und persönliche Verhinderung die Ursachen des seit Anfang der 80er Jahre zu beobachtenden zunehmenden Wahlverzichts sind, sondern Nichtwählen offenbar in einem höheren Maße als ein politisches Instrument in der parlamentarischen Demokratie verstanden wird. Die Demokratieforschung muß sich dieses Phänomens mehr als bisher widmen.

Dr. Manfred Unglaub

So wohnen ältere Menschen

Ergebnisse der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993

Mit Stichtag 30. September 1993 fand in Rheinland-Pfalz erstmals seit 1978 wieder eine 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe statt. Die Erhebung aktualisiert und ergänzt das im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Mai 1987 gewonnene Datenmaterial und liefert ausführliche Ergebnisse zur Gebäude- und Wohnungsstruktur, zu Haushalten und Mieten für das Land und die Regierungsbezirke.

Die im Gebäude- und Wohnungsbogen der 1%-Stichprobe vorgesehene Differenzierung der Haushalte nach dem Alter der Bezugsperson (früher Haushaltsvorstand) sowie in Haushalte von alleinlebenden Personen bzw. von Personen, die das 65. Lebensjahr bereits vollendet haben, ermöglicht eine genauere Untersuchung der Wohnverhältnisse älterer Menschen im Vergleich zur übrigen Bevölkerung.

Altersstruktur der Haushalte

Am 30. September 1994 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 1 541 600 Haushalte als Inhaber von Wohnungen. Nicht berücksichtigt sind Haushalte in Ferien- bzw. Freizeitwohneinheiten sowie Haushalte in Wohnheimen.

Die Untersuchung der Haushaltsstruktur ergab, daß – unterteilt nach Haushaltsgrößenklassen – 416 600 Haushalte (27 %) einen Haushaltsvorstand (Person, die vorwiegend zum Lebensunterhalt des Haushalts beiträgt) im Alter von 65 oder mehr Jahren hatten. Darunter befinden sich auch Single-Haushalte (205 100 bzw. 13,3 %) sowie Zweipersonenhaushalte (119 200 bzw. 7,7 %), in denen beide Personen das 65. Lebensjahr bereits vollendet hatten. Dies bedeutet, daß in jedem fünften Haushalt (324 300) ausschließlich Personen lebten, die 65 Jahre und älter waren.

Hinsichtlich der Haushaltsstruktur errechnen sich in der Größenklasse mit Bezugspersonen von 65 bis 70 Jahren 127 600 Haushalte (8,3 %), in der Größenklasse der 70- bis 75jährigen gab es 121 500 (7,9 %) Haushalte. Das 75. Lebensjahr vollendet hatten 167 400 (10,9 %) Haushaltsvorstände bzw. allein lebende Personen.

Senioren häufiger Wohnungseigentümer

Von den Ende September 1993 im Rahmen der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe ermittelten 1 541 600 Haushalten waren 815 600 Eigentümerhaushalte und 725 900 Hauptmieterhaushalte. Die Eigentümerquote betrug 52,9 %, entsprechend gab es 47,1 % Hauptmieterhaushalte.

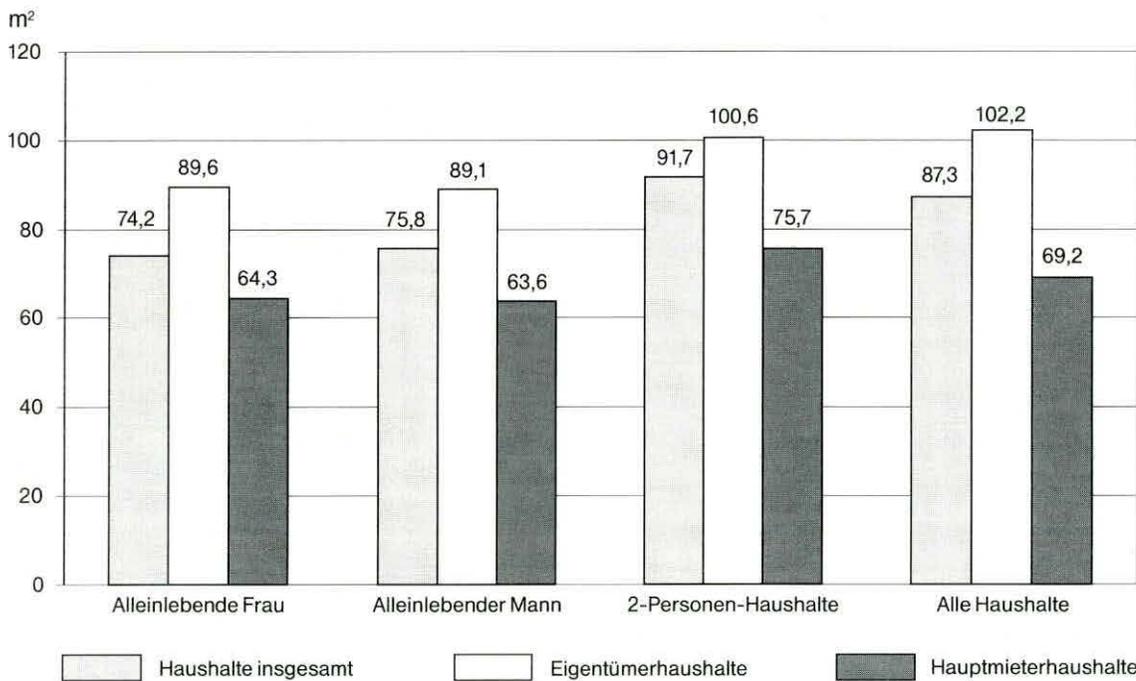
Für die Haushalte der über 65jährigen (416 600) errechnet sich eine überdurchschnittliche Eigentümerquote. So lebten Ende September 1993 in Rheinland-Pfalz insgesamt 227 600 Haushalte im Wohneigentum (54,6 %) und 189 000 (45,4 %) als Hauptmieter in Mietwohnungen. Bei der Differenzierung der Haushalte älterer Menschen wird deutlich, daß mit zunehmendem Lebensalter die Eigentümerquote drastisch absinkt. In der Größenklasse der 65- bis 70jährigen Haushaltsinhaber gab es 127 600 Haushalte, darunter 81 500 Eigentümerhaushalte, was einer Eigentümerquote von nahezu 64 % entspricht. Bei den 70- bis 75jährigen Personen (121 500 Haushalte) sinkt die Quote auf immer noch überdurchschnittliche 58,7 % (71 300 Haushalte). Unter den 167 400 Haushalten mit Personen von 75 Jahren und mehr errechnet sich jedoch erwartungsgemäß mit 74 800 Eigentümern eine Quote von nur noch knapp 45 %.

Haushalte¹⁾ als Inhaber von Wohnungen in Gebäuden²⁾ nach Wohnverhältnis und Altersstruktur

Berichtsmerkmal	Inhaberhaushalte insgesamt ³⁾	Eigentümerhaushalte	Eigentümerquote	Hauptmieterhaushalte	Hauptmieterquote
	1 000		%	1 000	%
Haushalte nach dem Alter der Bezugsperson von ... bis unter ... Jahren					
65 – 70	127,6	81,5	63,9	46,1	36,1
70 – 75	121,5	71,3	58,7	50,3	41,3
75 und mehr	167,4	74,8	44,7	92,6	55,3
Alleinlebende Personen 65 Jahre und älter darunter:	205,1	82,5	40,2	122,6	59,8
Alleinlebende Frau 65 Jahre und älter	175,7	68,4	38,9	107,3	61,1
Alleinlebender Mann 65 Jahre und älter	29,4	14,1	48,0	15,3	52,0
2-Personen Haushalte, beide Personen 65 Jahre und älter	119,2	76,7	64,3	42,5	35,7
Haushalte insgesamt mit Bezugsperson 65 Jahre und älter	416,6	227,6	54,6	189,0	45,4

1) Ohne Haushalte in Ferien-/Freizeitwohnungen. – 2) Ohne Wohnheime. – 3) Rundungsdifferenzen bedingt durch Hochrechnung.

Inhaberhaushalte mit Personen 65 Jahre und älter nach der Wohnfläche je Wohnung
am 30. September 1993



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Nach dem Tod des Ehe- oder Lebenspartners wird die Eigentümerwohnung fortan alleine weiter bewohnt. Diese Wohneinheiten – dazu zählen auch die Einfamilienhauswohnungen – sind gerade im Eigentumsbereich bei überdurchschnittlichem Wohnflächenangebot für alleinstehende zunehmend älter werdende Personen auf Dauer zu groß und machen Probleme in Unterhalt und Pflege. Darüber hinaus werden ältere Personen mit steigendem Lebensalter zunehmend unterstützungs- und pflegebedürftig. Daher orientieren sie sich mehr und mehr hin zu kleineren Miet- oder Eigentümerwohnungen, häufig in räumlicher Nähe zu Angehörigen.

So errechnet sich in der Haushaltsgrößenklasse der 75jährigen oder älteren Haushalteinhaber ein rechnerischer Überhang von rund 18 000 zugunsten der Hauptmieterhaushalte. 74 800 Eigentümerhaushalten mit Personen von 75 und mehr Jahren standen zum Zählungstichtag 92 600 (55,3 %) Mieterhaushalte gegenüber.

Alleinstehende über 65 Jahre häufiger Mieter

Betrachtet man die Gruppe der alleinstehenden Personen in Haushalten im Alter von 65 und mehr Jahren, so wird deutlich, daß die Mehrheit der Personen häufiger in einem Mietwohnverhältnis lebt.

Insgesamt gab es am Zählungstichtag 205 100 Haushalte mit einer Person, der überwiegende Teil davon Frauen (175 700) und nur 29 400 alleinstehende Männer. Die Eigentümerquote der älteren Alleinlebenden betrug unterdurchschnittlich 40 % (82 500 Haushalte) und lag um gut 14 % unter der Quote für alle

Haushalte mit Bezugspersonen von 65 und mehr Jahren (54,6 %). Dagegen bewohnten 122 600 Haushalte alleinstehender Personen eine angemietete Wohnung.

Umgekehrt stellt sich das Wohnverhalten der 119 200 Zwei-Personen-Haushalte (Bezugsperson 65 Jahre und älter) dar. Hier dominieren die Eigentümerhaushalte mit 76 700 und einer sehr hohen Eigentumsquote von 64,3 %. Entsprechend lag die Quote für Mieter des gleichen Haushaltstyps (42 500) nur bei 35,7 %. Offensichtlich geben alleinstehende ältere Personen früher als die in einer Lebensgemeinschaft wohnenden Personen ihre Wohnungsunabhängigkeit durch Verkauf oder Weitervermietung des Wohnungseigentums bzw. durch vorzeitige Vererbung (Schenkung) wieder auf.

Keine generelle Wohnflächenexpansion durch ältere Menschen

Oftmals wird gerade der älteren Generation vorgeworfen, sie blockiere dringend für Familien mit Kindern benötigten Wohnraum insbesondere im Mietwohnbereich, da die Wohnungen älterer Alleinstehender oder älterer Zweipersonenhaushalte oftmals zu groß seien und das darin vorhandene Wohnflächenangebot von einer bzw. zwei Personen nicht benötigt werde.

Das den Ruheständlern dabei unterstellte Verhaltensmuster „Weiterleben wie bisher“ wird durch die Ergebnisse der Wohnungsstichprobe 1993 widerlegt. Längst ist auch der älteren Generation bewußt, daß vorhandene Überschußflächen weniger Vor- als Nachteile bieten und in der dritten Lebensabschnittsphase zuneh-

Haushalte¹⁾ als Inhaber von Wohnungen in Gebäuden²⁾

Haushaltsstruktur	Inhaber- haus- halte ¹⁾ insge- samt	Davon mit einer Fläche von ... bis unter ... m ²						Fläche je		Eigen- tümer- haus- halte	Davon unter 40
		unter 40	40 – 60	60 – 80	80 – 100	100 – 120	120 und mehr	Woh- nung	Per- son		
Haushalte nach dem Alter der Bezugsperson von ... bis unter ... Jahren											
unter 25	48,6	11,4	15,0	12,2	(5,6)	/	/	59,4	34,5	/	/
25 – 30	112,8	10,2	24,4	32,2	23,0	11,2	11,7	75,3	35,1	17,9	/
30 – 40	294,9	10,7	30,9	58,6	63,3	47,0	84,6	97,7	32,7	122,8	/
40 – 50	252,0	/	16,3	37,1	48,5	43,5	102,8	110,5	35,2	154,8	/
50 – 55	143,2	/	(9,8)	24,9	27,5	22,2	56,7	109,8	39,6	98,7	/
55 – 60	148,9	/	10,5	26,7	30,0	27,6	52,4	106,3	42,6	104,7	/
60 – 65	124,5	/	11,3	23,0	27,3	21,1	41,2	104,4	45,8	85,8	/
65 – 70	127,6	/	14,9	27,6	30,3	19,3	33,1	96,8	50,5	81,5	/
70 – 75	121,5	/	17,9	33,6	27,9	18,6	21,7	89,1	53,1	71,3	/
75 und mehr	167,4	(7,1)	38,4	49,8	36,4	16,6	19,0	78,6	55,4	74,8	/
65 und mehr	416,6	11,4	71,1	111,1	94,6	54,5	73,8	87,3	53,0	227,6	/
Haushalte nur mit Personen 65 Jahre und älter											
Alleinlebende Frau 65 Jahre und älter	175,7	(8,3)	46,6	55,5	34,7	16,3	14,2	74,2	73,6	68,4	/
Alleinlebender Mann 65 Jahre und älter	29,4	/	(6,6)	10,0	(5,4)	/	/	75,8	75,6	14,1	/
Alleinlebende Personen 65 Jahre und älter insgesamt	205,1	10,1	53,2	65,5	40,1	18,8	17,3	x	x	82,5	/
2-Personen-Haushalte, beide Personen 65 Jahre und älter	119,2	/	12,2	29,8	34,1	19,0	22,9	91,7	45,8	76,7	/
1- und 2-Personen-Haushalte, alle Personen 65 Jahre und älter	324,3	11,2	65,4	95,3	74,2	37,8	40,2	x	x	159,2	/
Haushalte insgesamt	1 541,6	51,8	189,3	325,7	319,9	229,8	425,0	96,6	39,9	815,6	/
%											
Haushalte nach dem Alter der Bezugsperson von ... bis unter ... Jahren											
unter 25	3,2	22,0	7,9	3,7	(1,8)	/	/	x	x	/	/
25 – 30	7,3	19,7	12,9	9,9	7,2	4,9	2,8	x	x	2,2	/
30 – 40	19,1	20,7	16,3	18,0	19,8	20,5	19,9	x	x	15,1	/
40 – 50	16,3	/	8,6	11,4	15,2	18,9	24,2	x	x	19,0	/
50 – 55	9,3	/	(5,2)	7,6	8,6	9,7	13,3	x	x	12,1	/
55 – 60	9,7	/	5,5	8,2	9,4	12,0	12,3	x	x	12,8	/
60 – 65	8,1	/	6,0	7,1	8,5	9,2	9,7	x	x	10,5	/
65 – 70	8,3	/	7,9	8,5	9,5	8,4	7,8	x	x	10,0	/
70 – 75	7,9	/	9,5	10,3	8,7	8,1	5,1	x	x	8,7	/
75 und mehr	10,9	(13,7)	20,3	15,3	11,4	7,2	4,5	x	x	9,2	/
65 und mehr	27,0	22,0	37,6	34,1	29,6	23,7	17,4	x	x	27,9	/
Haushalte nur mit Personen 65 Jahre und älter											
Alleinlebende Frau 65 Jahre und älter	11,4	(16,0)	24,6	17,0	10,8	7,1	3,3	x	x	8,4	/
Alleinlebender Mann 65 Jahre und älter	1,9	/	(3,5)	3,1	(1,7)	/	/	x	x	1,7	/
Alleinlebende Person 65 Jahre und älter insgesamt	13,3	19,5	28,1	20,1	12,5	8,2	4,1	x	x	10,1	/
2-Personen-Haushalte, beide Personen 65 Jahre und älter	7,7	/	6,4	9,1	10,7	8,3	5,4	x	x	9,4	/
1- und 2-Personen-Haushalte, alle Personen 65 Jahre und älter	21,0	21,6	34,5	29,3	23,2	16,4	9,5	x	x	19,5	/
Haushalte insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	x	x	100	100

1) Ohne Haushalte in Ferien-/Freizeitwohnungen. – 2) Ohne Wohnheime.

nach Haushaltsstruktur, Wohnverhältnis und Wohnfläche

mit einer Fläche von ... bis unter ... m ²					Fläche je		Haupt- mieter- haus- halte	Davon mit einer Fläche von ... bis unter ... m ²						Fläche je	
40 - 60	60 - 80	80 - 100	100 - 120	120 und mehr	Woh- nung	Per- son		unter 40	40 - 60	60 - 80	80 - 100	100 - 120	120 und mehr	Woh- nung	Per- son
1 000					m ²			1 000						m ²	
/	/	/	/	/	102,2	46,2	45,4	11,3	14,8	11,4	(5,1)	/	/	56,3	33,4
/	/	/	/	(6,8)	108,6	40,0	94,9	10,0	23,5	29,2	20,1	(7,3)	/	69,0	33,8
/	(7,5)	17,7	26,9	67,9	123,9	36,1	172,1	10,2	28,6	51,1	45,5	20,0	16,7	79,0	29,6
/	(9,5)	22,9	30,4	89,6	127,1	37,4	97,1	/	14,2	27,6	25,7	13,1	13,2	84,1	30,9
/	(9,2)	16,7	18,2	53,0	124,2	40,8	44,4	/	(8,5)	15,7	10,9	/	/	77,9	35,9
/	11,6	19,1	22,8	49,6	119,0	44,8	44,3	/	(9,1)	15,1	10,9	/	/	76,1	36,2
/	(8,6)	18,3	17,8	38,9	117,6	47,9	38,8	/	(9,3)	14,4	(9,0)	/	/	75,1	39,8
/	11,7	19,9	14,9	30,7	110,0	52,5	46,1	/	10,9	15,9	10,4	/	/	73,4	45,8
/	12,1	19,3	15,2	20,0	102,9	56,0	50,3	/	13,7	21,5	(8,7)	/	/	69,7	47,8
(6,2)	20,1	20,5	12,0	15,4	93,2	58,1	92,6	(6,5)	32,2	29,7	16,0	/	/	66,9	52,6
14,3	44,0	59,6	42,1	66,1	102,2	55,2	189,0	(9,9)	56,8	67,1	35,0	12,5	(7,7)	69,2	49,4
(7,4)	18,4	18,1	11,8	11,8	89,6	88,4	107,3	(7,5)	39,2	37,2	16,6	/	/	64,3	64,2
/	(5,0)	/	/	/	89,1	88,5	15,3	/	(5,6)	(5,0)	/	/	/	63,6	63,6
8,4	23,4	21,4	13,5	14,6	x	x	122,6	(9,0)	44,8	42,2	18,6	(5,3)	/	x	x
/	12,5	24,5	15,3	20,1	100,6	50,1	42,5	/	(8,3)	17,3	(9,7)	/	/	75,7	37,8
12,3	35,9	45,9	28,8	34,7	x	x	165,1	(9,7)	53,1	59,5	28,3	(9,0)	(5,5)	x	x
24,6	94,1	157,7	162,9	372,8	116,8	43,0	725,9	48,4	164,7	231,6	162,2	66,9	52,2	74,0	35,3
%															
/	/	/	/	/	x	x	6,3	23,3	9,0	4,9	(3,1)	/	/	x	x
/	/	/	/	(1,8)	x	x	13,1	20,7	14,3	12,6	12,4	(10,9)	/	x	x
/	(8,0)	11,2	16,5	18,2	x	x	23,7	21,1	17,4	22,1	28,1	29,9	32,0	x	x
/	(10,1)	14,5	18,7	24,0	x	x	13,4	/	8,6	11,9	15,8	19,6	25,3	x	x
/	(9,8)	10,6	11,2	14,2	x	x	6,1	/	(5,2)	6,8	6,7	/	/	x	x
/	12,3	12,1	14,0	13,3	x	x	6,1	/	(5,5)	6,5	6,7	/	/	x	x
/	(9,1)	11,6	10,9	10,4	x	x	5,3	/	(5,6)	6,2	(5,5)	/	/	x	x
/	12,4	12,6	9,1	8,2	x	x	6,4	/	6,6	6,9	6,4	/	/	x	x
/	12,9	12,2	9,3	5,4	x	x	6,9	/	8,3	9,3	(5,4)	/	/	x	x
(25,2)	21,4	13,0	7,4	4,1	x	x	12,8	(13,4)	19,6	12,8	9,9	/	/	x	x
58,1	46,8	37,8	25,8	17,7	x	x	26,0	(20,5)	34,5	29,0	21,6	18,7	14,8	x	x
(30,1)	19,6	11,5	7,2	3,2	x	x	14,8	(15,5)	23,8	16,1	10,2	/	/	x	x
/	(5,3)	/	/	/	x	x	2,1	/	(3,4)	(2,2)	/	/	/	x	x
34,1	24,9	13,6	8,3	3,9	x	x	16,9	(18,6)	27,2	18,2	11,5	(7,9)	/	x	x
/	13,3	15,5	9,4	5,4	x	x	5,9	/	(5,0)	7,5	(6,0)	/	/	x	x
50,0	38,2	29,1	17,7	9,3	x	x	22,7	(20,0)	32,2	25,7	17,4	13,5	10,5	x	x
100	100	100	100	100	x	x	100	100	100	100	100	100	100	x	x

Hauptmieterhaushalte in reinen Mietwohnungen¹⁾ in Wohngebäuden²⁾ nach Quadratmetermiete und öffentlicher Förderung

Berichtsmerkmal	Hauptmieterhaushalte insgesamt	darunter mit Mietangabe		Durchschnittliche Miete je m ² Wohnfläche			Miete je Wohnung	Mietbelastung je Haushalt
		1 000	%	Haushalte insgesamt	Haushalte in...			
					nicht öffentlich geförderten Wohnungen	öffentlich geförderten Wohnungen		
				DM			%	
Hauptmieterhaushalte insgesamt	572,9	539,6	94,2	8,69	8,69	8,67	624,81	21
Alter des Wohnungsinhabers von... bis unter... Jahren								
unter 25	38,9	36,8	94,6	10,16	10,24	8,59	559,87	24
25 – 30	79,2	76,7	96,8	9,28	9,34	8,52	618,84	21
30 – 40	141,2	134,6	95,3	8,88	8,90	8,74	684,96	21
40 – 50	81,0	76,6	94,6	8,79	8,78	8,86	718,10	19
50 – 55	36,6	34,7	94,8	8,43	8,42	8,48	626,94	18
55 – 60	36,8	34,5	93,8	8,19	8,18	8,23	616,60	20
60 – 65	30,2	27,9	92,4	7,90	7,64	9,02	565,71	21
65 – 70	35,8	32,5	90,8	8,13	8,01	8,59	571,71	24
70 – 75	35,0	32,5	92,9	7,88	7,64	8,86	534,83	24
75 und mehr	58,1	52,8	90,9	8,06	7,95	8,59	513,28	24
65 und mehr	128,9	117,8	91,4	8,03	7,88	8,67	535,36	24
Alleinlebende Frau 65 Jahre und älter	72,1	66,7	92,5	8,06	7,95	8,53	498,08	29
Alleinlebender Mann 65 Jahre und älter	(9,7)	(8,8)	(90,7)	(8,08)	(8,07)	(8,15)	(478,12)	(23)
2-Personen-Haushalte, beide Personen 65 Jahre und älter	28,7	26,1	90,9	7,85	7,66	8,81	582,34	20

1) Ohne kostenlos oder verbilligt überlassene Mietwohnungen. – 2) Ohne Wohnheime.

mend zur Belastung werden können (große räumliche Distanz zu Angehörigen, Arbeitsaufwand, schlechte Wohnungsaufteilung, nicht behindertengerecht, ohne Aufzug etc.). Diese Fakten schlagen sich bei der Gesamtbetrachtung der vorhandenen Wohnungsver-sorgung in den Stichprobenergebnissen erkennbar nieder.

So waren die Mietwohnungen von Senioren im Alter von 65 und mehr Jahren insgesamt durchweg kleiner als die Wohnungen von im Erwerbsleben stehenden Personen und deren Familien. Die Gruppe der 65- bis 70jährigen verfügt über durchschnittlich 69,7 m² Wohnfläche, bei den 70 bis 75 Jahre alten und den über 75jährigen wurden vergleichbare Wohnungsgrößen von im Schnitt 66,9 bzw. 69,2 m² registriert. Bei alleinlebenden Frauen und Männern über 65 Jahre sinkt der mittlere Raumbedarf sogar auf 64,3 bzw. 63,6 m². Gemessen an allen Mietwohnhaushalten liegen die Durchschnittswerte von Haushalten älterer Menschen unter dem Mittelwert von 74 m², der sich für alle Mietwohnungen errechnet. Von einem übermäßigen Wohnraumbedarf der Senioren kann also keine Rede sein.

Untermuert wird dies durch die Betrachtung einzelner Wohnungsgrößenklassen. Von insgesamt 189 000 Haushalten mit Personen von 65 und mehr Jahren bewohnten 30% (56 800) Wohnungen mit 40 bis 60 m² und 35,5% (67 100) Wohnungen mit 60 bis 80 m². Nur rund jede zehnte Wohnung (20 200) hatte mehr als 100 m². Alleinlebende ältere Personen beanspruchen noch seltener eine so große Mietwohnung. Nicht einmal

jeder zehnte Alleinlebende hatte eine Wohnfläche von 100 oder mehr m².

Ein weiteres Indiz für die Flexibilität älterer Mitbürger liefert die Frage nach dem Umzugsgrund. Insgesamt machten dreiviertel der über 65jährigen Angaben zu Umzugsgründen in der Vergangenheit. Darunter (andere Gründe bleiben unberücksichtigt) gaben 6,5% der Haushalte an, die vorher bewohnte Wohnung sei zu groß gewesen. Rund 9% wählten ein neues Domizil aus Gründen der Haushaltsverkleinerung, meist bedingt durch den Verlust des Partners. Bei über 75jährigen lagen die entsprechenden Anteile bei 8,6 bzw. sogar 11,5%. Dagegen antworteten die Inhaber aller Haushalte nur zu gut 3%, die Wohnung sei zu groß gewesen, und rund 4% gaben eine Haushaltsverkleinerung als Ursache an. Fazit: Bei allen Personengruppen unter 65 Jahren waren die Umzugsgründe mit Ziel einer Wohnungsverkleinerung prozentual weniger stark vertreten – je Altersklasse unter 5 000 Fälle und damit in der Stichprobe nicht nachweisfähig – als bei Haushalten mit Personen im Rentenalter.

Haushalte jüngerer Menschen mit höherem Wohnraumbedarf verfügen im Schnitt über die größeren Mietwohnungen. Der Spitzenwert errechnete sich für die Haushaltskategorie der 40- bis 50jährigen Bezugspersonen mit gut 84 m² Wohnfläche je Wohnung. Es folgen die 30- bis 40jährigen mit 79 m² und Haushaltsvorstände im Alter von 50 bis 55 Jahren (78 m²). Durchschnittlich kleinere Mietwohnungen als Rentner und Pensionäre hatten lediglich die bis zu 25 Jahre alten

Personen (Berufsanfänger, Studenten, Schüler) mit einem Raumbedarf von etwas über 56 m² je Mietwohnung.

Da sich der individuelle Wohnkomfort nicht ausschließlich an der Gesamtwohnungsgröße orientiert, ist eine personenbezogene Betrachtung ebenso von Interesse. Wegen der geringeren Haushaltsgrößen (meist nur Zwei-Personen-Haushalte bzw. Alleinstehende) schneiden hier die Mieterhaushalte älterer Menschen erwartungsgemäß besser ab. Je Person errechnen sich in Mietwohnungen für Haushalte älterer Menschen je nach Altersgrößenklasse Durchschnittswerte zwischen 47,8 und 52,6 m², alleinstehende Personen über 65 Jahre hatten im Schnitt mit 64 m² mehr Fläche zur Verfügung. Für jüngere Haushalte waren je Person Flächen zwischen 29,6 m² (30- bis 40jährige) und 39,8 m² (60- bis 65jährige) nutzbar. Der Mittelwert für alle Mieterhaushalte stellte sich in Rheinland-Pfalz auf 35,3 m² Wohnfläche je Person.

Eigentümerwohnungen deutlich größer

Bereits die Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Mai 1987 hat deutlich gemacht, wie unterschiedlich groß das Wohnraumangebot in Eigentümer- und Mietwohnungen ist. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Im Eigentumsbereich planen die Bewohner vorwiegend großzügigere Eigenheime, komfortabler hinsichtlich der Ausstattung, aber auch sehr kostenintensiv. Beim Bau von weit preisgünstigeren kleineren Mietwohnungen – vorwiegend im Geschößwohnungsbau – stehen Renditegesichtspunkte der Investoren und die Bezahlbarkeit der Mieten im Vordergrund. Ein rechnerischer Größenunterschied von 42,1 m² je Wohnung (GWZ 1987) zugunsten der Eigentümerwohnungen verwundert daher nicht.

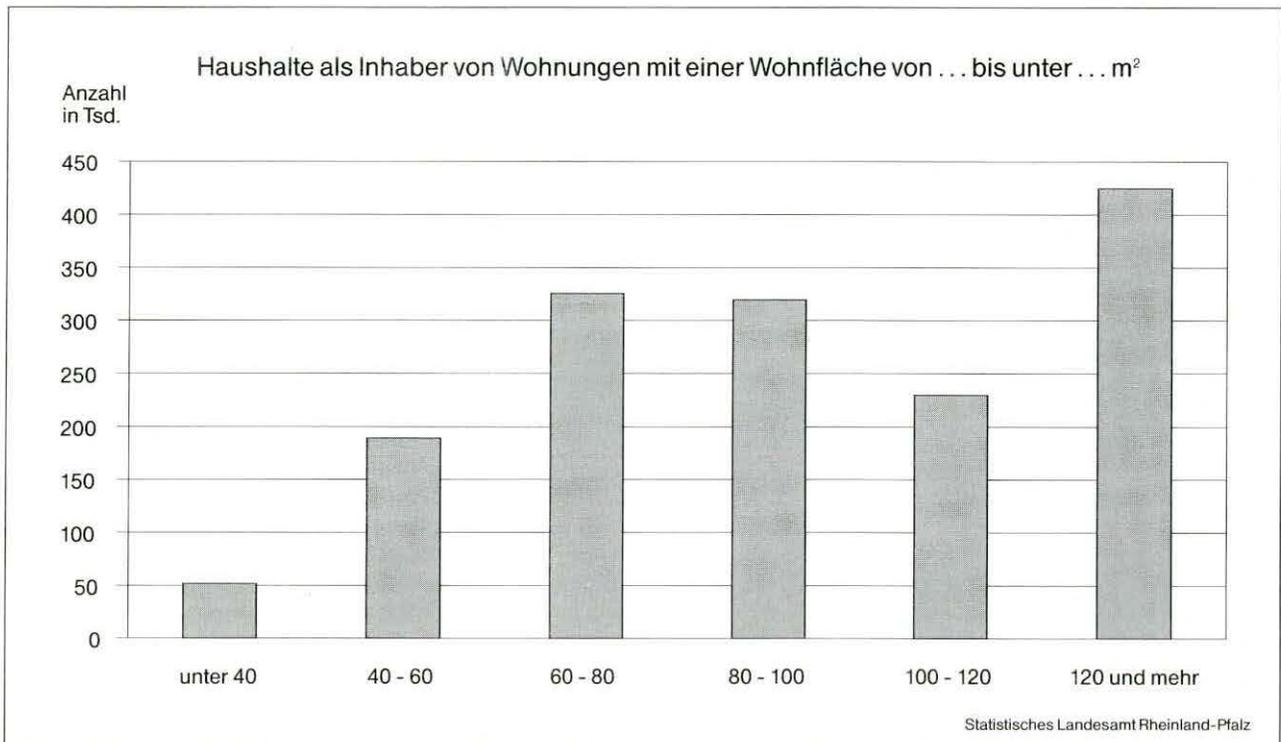
Diese Größendifferenz wird durch die Wohnungsstichprobe vom September 1993 bestätigt. Mit rund 117 m² Wohnfläche je Wohnung waren Eigentümerwohnungen je Einheit um 42,8 m² bzw. rund 37 % größer als Mietwohnungen (74 m²).

Der beträchtliche Größenunterschied zeigt sich auch im Vergleich von Eigentümer- und Mietwohnungen älterer Menschen. So nutzen Eigentümerhaushalte mit einem Haushaltsvorstand von 65 und mehr Jahren durchschnittlich gut 102 m² je Wohnung und 55 m² je Person an Wohnfläche, vergleichbare Hauptmieterhaushalte hingegen nur gut 69 m² je Wohnung aber über 49 m² je Person. Die bemerkenswert geringe Flächendifferenz von rund 6 m² je Person macht die gute Wohnsituation auch der Mieterhaushalte deutlich und belegt gleichzeitig, daß in Mietwohnungen mehr alleinstehende ältere Personen leben (122 600) als in Eigentümerwohnungen (82 500).

Ein überdurchschnittlicher Wohnraumbedarf älterer Mitbürger ist – wie schon im Mietwohnungsbereich – auch bei Eigentümerhaushalten nicht erkennbar. Die im Schnitt größten Wohnungen hatte die Bevölkerungsgruppe der 40- bis 50jährigen mit 127 m² gefolgt von den 50- bis 55jährigen mit 124 m². Klar erkennbar ist der Trend, daß mit steigendem Lebensalter die durchschnittliche Wohnungsgröße immer geringer wird. So lebten die 55- bis 60jährigen auf einer Fläche von 119 m², die 60- bis 65jährigen auf 118 m². Über 110 m² (65 bis 70 Jahre) und 103 m² (70 bis 75 Jahre) reduziert sich die mittlere Wohnfläche je Wohnung stetig bis auf 93 m² (über 75jährige).

In Altbauwohnungen prozentual mehr ältere Mitbürger

Der Anteil an Wohnungsinhabern von 65 oder mehr Jahren in vor 1949 errichteten Wohngebäuden (ohne



Haushalte in Wohngebäuden nach Alter des Wohnungsinhabers und Umzugsgrund

Berichtsmerkmal	Haushalte ¹⁾ insgesamt	darunter:		darunter:	
		Haushalte seit 1984 umgezogen	Haushalte mit Angaben zu Umzugsgründen	Wohnung zu groß	Verkleinerung des Haushalts
	1 000			in % v. Sp. 3	
Haushalte insgesamt	1 519,5	572,4	1 228,3	3,1	4,2
Alter des Wohnungsinhabers von ... bis unter ... Jahren					
unter 25	49,5	40,8	40,6	/	/
25 – 30	111,8	93,2	93,0	/	/
30 – 40	290,8	207,4	244,1	/	(2,3)
40 – 50	247,5	100,3	209,6	/	(2,5)
50 – 55	140,6	33,3	112,6	/	/
55 – 60	146,9	26,0	118,7	/	/
60 – 65	122,3	20,2	95,5	/	/
65 – 70	124,9	19,2	97,4	/	(6,6)
70 – 75	120,1	14,4	92,4	(5,4)	(7,8)
75 und mehr	165,1	17,6	124,5	8,6	11,5
65 und mehr	410,0	51,1	314,3	6,5	8,9

1) Ohne Haushalte in Wohnheimen, ohne Haushalte in Ferien-/Freizeitwohnungen und ohne Untermieterhaushalte.

Wohnheime, ohne Ferien-/Freizeitgebäude) lag Ende September 1993 absolut weit unter und prozentual geringfügig über den Vergleichswerten jüngerer Wohnungsinhaber.

122 500 Haushalte mit Bezugspersonen unter 65 Jahre wohnten in vor dem Jahre 1900 errichteten Altbauten (11 %), 66 500 waren Senioren (16 %). In der Baualtersklasse 1901 bis 1918 entfallen auf die Jüngeren 82 900, auf die Senioren 30 500 Haushalte, also fast identische Anteile von 7,4 bzw. 7,5 %. In Gebäuden die zwischen 1919 und 1948 fertiggestellt wurden lebten 132 700 Haushalte (12 %) von unter 65jährigen und 64 200 Haushalte von Rentnern und Pensionären (15,7 %).

Bezeichnet man Wohngebäude, die vor der Währungsreform errichtet wurden, als Altbauten, so befanden sich am Zählungstichtag 338 100 der insgesamt 1 106 100 Wohnungsinhaber unter 65 Jahre in Altbauwohnungen (30,6 %). Bei den über 65jährigen waren es 161 200 von insgesamt 409 700 Haushalten in Wohngebäuden. Deren Quote betrug knapp über 39 %. Die etwas höhere Quote kann jedoch nicht als ungewöhnlich hoch definiert werden; sie ist vielmehr ein fast getreues Abbild der Altersstruktur des Wohngebäude-

bestandes (951 900 Wohngebäude), denn diese sind zu 38 % (362 100) vor der Währungsreform erbaut worden. Bezogen auf die Wohnungen in Altbauwohnungen (513 300) errechnet sich ein Altbauwohnungsanteil von 33 %. Gemessen an diesem Bestand bewohnten ältere Haushaltsinhaber etwas häufiger Altbauwohnungen (39 %).

Das Wohnen in Altbauten – zumindest in den Städten – ist im Hinblick auf Wohnkomfort und Wohnungsausstattung längst kein negatives Qualitätskriterium mehr. Durch Sanierungs- und Modernisierungsinvestitionen wurden große Teile des Altbaubestandes ausstattungs-mäßig an den Standard von Neubauwohnungen angepaßt. Das Gebäude- bzw. Wohnungsalter läßt daher keine generelle Aussage darüber zu, ob ältere Menschen in dieser Hinsicht schlechter oder besser als jüngere Haushalte wohnen.

Der erkennbar hohe Ausstattungsgrad aller Wohnungen in Wohngebäuden spricht eher für eine durchgehend gute Wohnqualität. Unabhängig vom Alter der Wohnungen waren 98,4 % aller Wohnungen in Wohngebäuden (1 515 700) mit Bad und Dusche bzw. nur mit Dusche und WC in der Wohnung ausgestattet, 77,3 % aller Haushalte mit Angaben zur Ausstattung (1 171 100) verfügten zusätzlich noch über den Komfort einer Sammelheizung (Blockheizung, Zentral- oder Etagenheizung). Nur jede fünfte Wohnung wurde mit einer Ofenheizung beheizt. Da die Ofenheizungen ganz überwiegend im Altbauwohnungsbestand anzutreffen sind, der prozentual etwas häufiger von älteren Mitbürgern bewohnt wird, lassen sich hier – wenn auch in geringem Umfang – Wohnqualitätsabstriche für ältere Menschen ableiten.

Geringere Mieten für Senioren

Erstmals seit der Gebäude- und Wohnungszählung vom Mai 1987 wurden im Rahmen der 1%-Wohnungs-

Durchschnittliche Wohnfläche in bewohnten Wohnungen 1987 und 1993

Berichtsmerkmal	GWZ 25. 5. 1987	GWZ 30. 9. 1993
	Durchschnittliche Wohnfläche (m ²)	
Bewohnte Wohnungen insgesamt	95,1	96,6
darunter:		
Mietwohnungen	73,4	74,0
Eigentümerwohnungen	115,5	116,8

stichprobe wieder Angaben zur Wohnungsmiete erhoben. Im Blickpunkt des Mietenvergleichs stehen die Hauptmieterhaushalte, von denen über 94 % vollständige Angaben zur Wohnungsmiete machten. Zur Miete rechnen neben der Grundmiete auch die „kalten“ Betriebskosten wie Wasser, Müllabfuhr, Kanalgebühren, Straßen- und Hausreinigung sowie Gebäudeversicherung und Gebühren für Kabelanschluß. Nicht zur Miete rechnen Umlagen für Garagen oder Einstellplätze, Heizung, Warmwasserversorgung und Stromkosten.

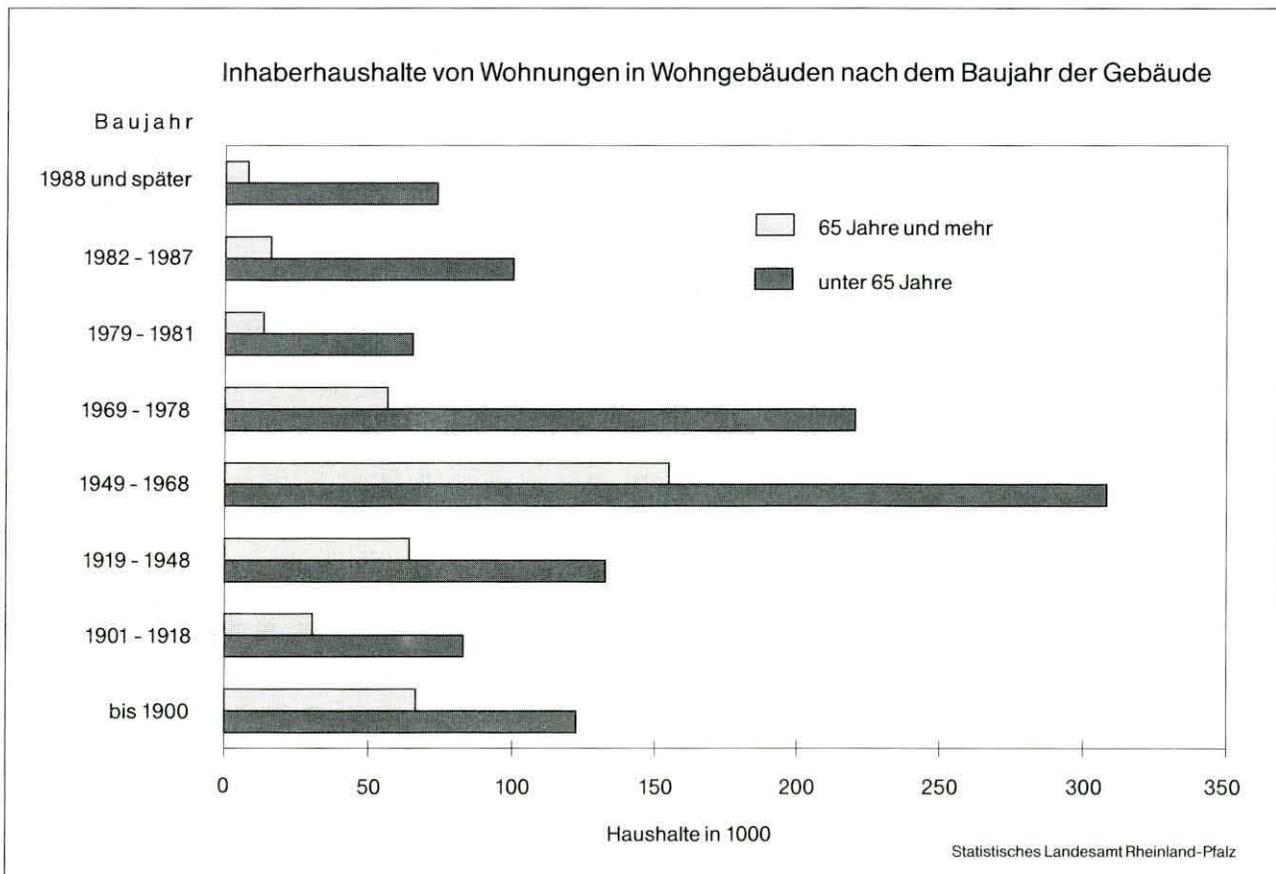
Als Orientierungswert dient die für alle Mieterhaushalte ermittelte Durchschnittsmiete von 8,69 DM je m² Wohnfläche. Differenziert nach Lebensalter der Haushaltsinhaber errechnen sich für Haushalte älterer Menschen durchweg niedrigere Mieten. Mit Quadratmetermieten von 8,13 DM (Alter 65 bis 70 Jahre), 7,88 DM (70 bis 75 Jahre) und 8,06 DM (über 75 Jahre) lagen die Mittelwerte spürbar unter dem Gesamtdurchschnitt. Auch alleinstehende Personen über 65 Jahre hatten mit 8,06 (Frauen) bzw. 8,08 DM (Männer) rund 7 % weniger Miete je m² zu entrichten. Dagegen lagen die Durchschnittsmieten für jüngere Bevölkerungsgruppen teilweise erheblich über dem Mittelwert von 8,69 DM. Stellvertretend sei die Gruppe der unter 25jährigen genannt, die mit 10,16 DM je m² um 17 % höhere Mieten zu zahlen hatte. Über 10 DM je m² zahlte im Schnitt keine andere Altersgruppe von Haushaltsinhabern. Die 25- bis 30jährigen hatten 9,28 DM je m² zu entrichten, 30- bis 40jährige und 40- bis 50jährige zahlten mit 8,88 bzw. 8,79 DM je m² ebenfalls noch leicht überdurchschnittliche Quadratmetermieten.

Da die Mietenhöhe neben Größe, Lage, Gebäudeart, Ausstattung, Markt-(Nachfrage-)situation ganz entscheidend von der Dauer des bestehenden Mietverhältnisses bestimmt wird, schneiden ältere Haushalte mit Altmietverträgen klar besser ab. Hier vollzieht sich die Mietpreisentwicklung durch die zugrunde liegenden niedrigeren Einstiegsmietten weit langsamer. Ein Gesamtvergleich von Mieten nach dem Einzugsjahr bestätigt dies: So zahlten Inhaberhaushalte, die vor 1970 eingezogen waren, im Mittel 7,12 DM je m² Wohnfläche, Haushalte, die 1991 oder später eine Wohnung bezogen haben, mußten je Quadratmeter 2,64 DM bzw. 37 % mehr zahlen.

Eine Trennung der Wohnungen in „freifinanzierte“ und „öffentlich geförderte“ Wohnungen zeigt, daß freifinanzierte und von Senioren angemietete Wohneinheiten mit 7,88 DM je m² deutlich kostengünstiger waren als öffentlich geförderter Wohnraum (8,67 DM/m²). Dieses Phänomen gilt durchweg – mit Ausnahme der unter 25jährigen – für alle Altersklassen von Wohnungsinhabern und liegt darin begründet, daß öffentlich geförderte Mietwohnungen fast ausschließlich im städtischen Bereich errichtet werden, in dem das Mietenniveau weit über dem der ländlichen Regionen liegt.

Mietbelastung von Rentnern und Pensionären geringfügig höher

Je Wohnung hatten die Rentner und Pensionäre monatliche Kaltmieten von im Schnitt 535 DM, darunter Personen über 75 Jahre 513 DM zu zahlen. Das entspricht jeweils einer durchschnittlichen Mietbelastung



Haushalte als Inhaber¹⁾ von Wohnungen in Wohngebäuden²⁾ nach dem Baujahr der Gebäude

Berichtsmerkmal	Inhaber- haushalte insgesamt	Wohngebäude von ... bis ... errichtet							
		bis 1900	1901 – 1918	1919 – 1948	1949 – 1968	1969 – 1978	1979 – 1981	1982 – 1987	1988 und später
		1 000							
Haushalte insgesamt	1 515,7	188,9	113,4	196,8	463,1	277,0	78,7	116,2	81,6
Alter des Wohnungsinhabers von... bis unter... Jahren									
unter 25	48,0	(5,9)	/	(6,0)	13,4	(6,8)	/	/	/
25 – 30	111,2	11,0	(9,3)	14,4	32,7	20,5	/	(8,5)	10,4
30 – 40	290,4	32,7	22,9	33,5	70,2	46,7	16,4	35,4	32,6
40 – 50	247,4	23,5	16,8	25,0	59,6	54,8	21,8	31,2	14,6
50 – 55	140,4	16,9	10,3	16,9	37,8	36,8	(8,1)	(8,9)	/
55 – 60	146,5	15,6	11,0	19,1	50,6	32,9	(6,0)	(8,1)	/
60 – 65	122,2	16,9	(7,9)	17,8	43,9	22,0	/	(5,3)	/
unter 65	1 106,1	122,5	82,9	132,7	308,2	220,5	65,3	100,2	73,7
65 – 70	124,9	19,2	(7,7)	18,2	50,4	17,5	/	(6,2)	/
70 – 75	119,9	18,9	(9,3)	18,0	46,3	17,2	/	/	/
75 und mehr	164,9	28,4	13,6	28,0	58,3	21,8	(5,3)	(6,0)	/
65 und mehr	409,7	66,5	30,5	64,2	155,0	56,5	13,3	15,9	(7,9)
Alleinlebende Frau 65 Jahre und älter	173,8	27,3	14,2	28,1	61,8	24,7	(6,1)	(7,5)	/
Alleinlebender Mann 65 Jahre und älter	28,6	/	/	/	10,3	/	/	/	/
2-Personen-Haushalte, beide Personen 65 Jahre und älter	117,0	17,8	(7,3)	18,0	48,7	15,9	/	/	/

1) Ohne Haushalte in Ferien-/Freizeitwohnungen. – 2) Ohne Wohnheime.

je Haushalt in Höhe von 24 % des Einkommens. Die absoluten Mietbeträge liegen unter den Vergleichswerten aller anderen Haushalte. Diese hatten pro Monat höhere Mieten in einer Spannbreite von 560 (bis 25 Jahre) und 718 DM (40- bis 50jährige) aufzubringen.

Da die noch im erwerbsfähigen Alter stehenden Haushaltsinhaber im Schnitt höhere Einkommen als im Rentenalter stehende Personen erzielen, ist die prozentuale Belastungsquote je Haushalt trotz höherer Gesamt- und Quadratmetermieten meist geringer, bestenfalls (im Vergleich mit den unter 25jährigen) gleich hoch. Ende September 1993 errechnen sich Mietbelastungsquoten jüngerer Haushalte zwischen 18 % (50- bis 55jährige) und 24 % (unter 25 Jahre).

Aus dem Rahmen fallen Haushalte älterer alleinstehender Frauen. Zwar hatten diese weit niedrigere Kaltmieten von 498 DM je Haushalt aufzubringen und lagen um rund 125 DM unter dem Mittelwert für alle Haushalte (625 DM), ihre Mietbelastung bezifferte sich am Einkommen orientiert jedoch auf überdurchschnittlich 29 Prozent. Dies ist erklärbar durch den Umstand, daß hinterbliebene Witwen nach dem Tod des Ehepartners eine geringere Witwenrente oder Pension beziehen – dementsprechend steigt die Belastungsquote überproportional an. Gleichaltrige alleinstehende Männer als Rentenbezieher hatten diesen Nachteil nicht. Ihre Mietbelastungsquote betrug nur 20 Prozent des Einkommens.

Ältere Mitbürger nicht benachteiligt

Bei der Gesamtbeurteilung der Wohnsituation älterer Menschen ergeben sich ebensoviele Vor- wie Nach-

teile. Zum einen zahlen Ältere geringere Mieten, verfügen über den höheren Anteil an Eigentum und wohnen wegen der geringeren Haushaltsgrößen je Person auf etwas größeren Wohnflächen. Zum anderen ist ihre einkommensbezogene Mietbelastung wegen ihrer Einkommenssituation im Alter etwas höher als bei Haushalten, deren Inhaber die Pensionsgrenze noch nicht erreicht haben. Ihre Wohnungen sind im Schnitt kleiner, und an der Ausstattung der häufiger von dieser Bevölkerungsgruppe bewohnten Altbauten mangelt es zuweilen.

Umgekehrt gelten Vor- und Nachteile in gleichem Maße, wenn auch in anderer Konstellation, für die Jüngeren. So kann von Privilegierten und Benachteiligten bei keiner Altersgruppe gesprochen werden; vielmehr stellte die Stichprobenerhebung von 1993 eine relative Ausgewogenheit und hinsichtlich eines Ländervergleichs (ohne neue Bundesländer) eine durchaus positive Gesamtwohnsituation der rheinland-pfälzischen Bürger fest.

So gab es in Rheinland-Pfalz am Zählungstichtag nach dem Saarland die meisten Eigentümerwohnungen, die Quadratmetermieten waren ebenfalls nur im Saarland niedriger, und die Mietbelastung je Haushalt lag am unteren Ende der Länderskala. Ferner verfügten die Rheinland-Pfälzer über die im Schnitt zweitgrößten Wohnungen und überdurchschnittlich viel Wohnfläche je Person.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994			1995				
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 904	3 938	3 948	3 949	3 952
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 001	1 932	1 383	1 181	2 187	2 377 ^P	1 501 ^P	1 142 ^P	2 194 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,1	5,9	4,1	3,6	6,5	7,3 ^P	4,5 ^P	3,5 ^P	6,5 ^P
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 524	3 378	3 310	3 121	3 228
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,3	9,9	9,6	9,6
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 656	3 571	3 616	3 498	3 740
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,2	10,9	10,8	10,8	11,1
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	22	19	20	17	33
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	6,1	5,4	5,8	5,3	9,9
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 132	- 193	- 306	- 377	- 512
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,4	- 0,6	- 0,9	- 1,2	- 1,5
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	11 299	10 631	11 505	10 810	11 038
* Fortgezogene	Anzahl	7 426	8 298	9 868	9 150	8 147
* Wanderungssaldo	Anzahl	3 873	2 333	1 637	1 660	2 891
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	12 664	13 845	13 793	14 312	12 911
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	117 703	132 876	124 622	125 976	132 936	129 126	129 303	132 036	142 003
* Männer	Anzahl	65 894	75 533	69 448	70 850	76 425	71 575	72 042	74 332	82 154
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	5 936	6 490	.	.	6 949	6 059	.	.	8 393
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	41 224	45 626	.	.	44 503	40 551	.	.	45 123
Arbeitslosenquote	%	7,5	8,4	7,8	7,9	8,4	8,2	8,2	8,3	9,0
Offene Stellen	Anzahl	19 617	19 749	15 528	14 371	15 591	23 972	17 179	15 734	15 878
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	1 533	808	.	.	644	774	.	.	497
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 528	3 713	.	.	3 699	4 429	.	.	3 481
Kurzarbeiter	Anzahl	35 286	15 101	6 483	7 239	5 714	4 488	6 075	6 747	6 970
Männer	Anzahl	28 635	12 001	4 493	5 024	4 229	3 093	4 538	4 941	5 478
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾										
	t	13 805	12 886	13 901	14 274	14 367	12 602	12 957	14 025	13 578
* Rinder	t	4 111	3 757	4 013	4 421	4 383	3 517	3 574	4 413	3 889
* Kälber	t	29	26	27	33	49	29	27	36	61
* Schweine	t	9 550	8 996	9 765	9 697	9 805	8 972	9 266	9 473	9 502
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	61 723	61 949	60 935	56 293	59 257	60 284	61 206	57 242	60 973
Verarbeitendes Gewerbe^{7) 10)}										
Betriebe	Anzahl	2 594	2 488	2 470	2 472	2 472	2 239 ^P	2 237 ^P	2 232 ^P	2 232 ^P
* Beschäftigte	1000	357	335	334	333	331	331 ^P	328 ^P	322 ^P	320 ^P
* Arbeiter ⁸⁾	1000	235	220	219	219	217	212 ^P	211 ^P	209 ^P	208 ^P
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	30 320	29 009	28 942	29 762	27 568	28 457 ^P	28 589 ^P	29 146 ^P	24 838 ^P
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 706	1 661	1 577	1 997	2 116	1 589 ^P	1 600 ^P	2 515 ^P	1 713 ^P
* Löhne	Mill. DM	932	904	883	1 101	1 083	876 ^P	895 ^P	1 296 ^P	918 ^P
* Gehälter	Mill. DM	774	757	694	895	1 033	713 ^P	705 ^P	1 219 ^P	794 ^P
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 270	8 627	9 331	9 184	9 422	9 146 ^P	8 881 ^P	8 927 ^P	8 548 ^P
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 807	3 163	3 528	3 455	3 610	3 489 ^P	3 414 ^P	3 345 ^P	3 320 ^P
* Exportquote ⁹⁾	%	33,9	36,7	37,8	37,6	38,3	38,1 ^P	38,4 ^P	37,5 ^P	38,8 ^P

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) In- und ausländischer Herkunft; aufgrund methodischer Änderungen sind die Angaben bei Schweinen ab Juli 1994 und bei Rindern ab Januar 1995 mit früheren Ergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. - 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. - 10) 1995: Wegen Umstellung auf die europaeinheitliche Wirtschaftszweigsystematik sind die Angaben mit den Vorjahresdaten nur noch eingeschränkt vergleichbar.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994				1995			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
* Kohleverbrauch ¹⁾³⁾	1 000t SKE	260	254	-	-	270	...	-	-	...
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ²⁾³⁾	Mill. m ³	697	775	-	-	853	...	-	-	...
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000t	105	105	-	-	125	...	-	-	...
davon										
* leichtes Heizöl	1 000t	47	40	-	-	43	...	-	-	...
* schweres Heizöl	1 000t	58	65	-	-	83	...	-	-	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 070	1 142	1 176	1 184	1 155	1 116 ^P	1 145 ^P	1 126 ^P	1 063 ^P
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	234	245	262	275	290	216 ^P	239 ^P	249 ^P	267 ^P
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	108	120	123	139	137
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	110	118	122	122	115
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	120	125	140	132	111
Chemische Industrie	1985 = 100	114	121	125	125	122
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	97	118	115	157	170
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	104	161	140	259	321
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	69	76	83	83	70
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	111	116	121	125	112
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	50	41	32	37	33
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	153	162	184	194	159
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	425	458	471	493	528	433	482	496	...
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	3 114	3 192	3 340	3 263	3 406	3 076	3 292	3 516	...
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	1 459	1 520	1 583	1 628	1 600	1 488	1 640	1 717	...
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	2 054	2 104	2 197	2 101	2 306	2 000	2 110	2 271	...
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	479	484	556	554	668	453	531	744	...
Handwerk⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	86	83	-	-	82	80	-	-	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	187	184	-	-	201	186	-	-	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	60 475	60 327	61 495	60 116	59 546	58 275	57 732	57 196	56 460
Facharbeiter	Anzahl	29 310	29 393	28 617	28 244	27 899	26 993	26 533	26 045	25 809
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 207	15 575	16 996	16 365	16 172	15 817	15 798	15 821	15 430
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 613	6 569	6 994	6 894	5 570	6 486	6 606	6 378	4 463
Privater Bau	1 000	4 454	4 599	4 849	4 875	3 926	4 453	4 497	4 334	3 151
* Wohnungsbau	1 000	2 666	2 896	3 137	3 151	2 529	2 728	2 715	2 612	1 940
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	41	29	37	24	24	9	9	25	23
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 747	1 674	1 675	1 700	1 373	1 716	1 773	1 697	1 188
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 158	1 970	2 145	2 019	1 644	2 033	2 109	2 044	1 312
Hochbau	1 000	413	351	363	366	288	353	364	360	254
Tiefbau	1 000	1 746	1 619	1 782	1 653	1 356	1 680	1 745	1 684	1 058
Straßenbau	1 000	939	873	978	915	745	923	961	896	556
Löhne und Gehälter	Mill. DM	245	254	252	374	263	235	243	355	235
* Löhne	Mill. DM	194	201	200	297	204	186	193	277	177
* Gehälter	Mill. DM	51	53	52	78	59	49	51	78	58
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	789	820	923	992	1 047	837	852	953	1 006

1) 1t Steinkohleneinheit (1t SKE) = 1t Steinkohle oder -briketts = 1,03t Steinkohlenkoks = 14,5t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85t Rohbraunkohle. - 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. - 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. - 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. - 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. - 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994			1995				
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 056	1 277	1 029	1 029	1 173	838	755	736	644
* mit 1 Wohnung	Anzahl	639	720	539	539	679	479	456	423	369
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	221	297	242	243	202	170	146	146	112
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	196	261	248	247	292	189	153	167	163
* Umbauter Raum	1000 m ³	1 326	1 642	1 441	1 385	1 605	1 118	1 034	976	897
* Wohnfläche	1000 m ²	235	295	256	251	289	201	183	176	159
Wohnräume	Anzahl	10 849	13 551	11 838	11 566	13 328	9 079	8 138	8 144	7 424
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	533	681	611	592	661	483	451	422	393
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	2	2	1	2	4	4	1	3
Unternehmen	Anzahl	128	151	152	134	286	100	89	143	162
Private Haushalte	Anzahl	925	1 123	875	894	885	734	662	592	479
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	153	168	163	189	155	165	168	185	126
* Umbauter Raum	1000 m ³	799	747	750	901	858	796	667	755	517
* Nutzfläche	1000 m ²	125	128	124	132	183	113	113	126	92
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	194	193	212	205	277	139	153	140	140
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	26	26	20	37	21	16	27	15	17
Unternehmen	Anzahl	120	133	135	143	129	146	128	162	103
Private Haushalte	Anzahl	7	9	8	9	5	3	13	8	6
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 871	3 555	3 162	3 168	3 625	2 428	2 265	2 144	2 010
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 499	2 896	3 175	3 136	3 157	3 255
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 485	1 744	2 003	1 937	1 831	2 094
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	190	214	254	226	235	240
Dänemark	Mill. DM	40	47	53	49	47	53
Finnland	Mill. DM	21	22	28	23	24	27
Frankreich	Mill. DM	346	439	501	534	480	629
Griechenland	Mill. DM	22	21	19	25	20	27
Großbritannien	Mill. DM	231	283	347	325	278	309
Irland	Mill. DM	10	11	12	11	9	9
Italien	Mill. DM	183	226	254	239	234	256
Niederlande	Mill. DM	165	174	171	171	182	193
Österreich	Mill. DM	134	138	169	136	144	136
Schweden	Mill. DM	45	55	64	68	57	62
Spanien	Mill. DM	80	95	111	111	100	131
Portugal	Mill. DM	18	20	20	19	21	22
USA und Kanada	Mill. DM	186	228	211	254	242	173
Japan	Mill. DM	55	70	79	72	71	65
Entwicklungsländer	Mill. DM	339	379	374	368	461	379
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	138	148	157	156	166	245
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 967	2 132	2 143	2 350	2 563	2 169
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 169	1 284	1 291	1 359	1 588	1 283
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	171	194	204	208	246	263
Dänemark	Mill. DM	34	35	21	24	64	60
Finnland	Mill. DM	15	15	15	21	19	10
Frankreich	Mill. DM	265	331	398	386	411	276
Griechenland	Mill. DM	6	3	3	4	2	5
Großbritannien	Mill. DM	94	94	72	86	98	103
Irland	Mill. DM	11	14	23	15	25	21
Italien	Mill. DM	168	179	188	172	199	181
Niederlande	Mill. DM	163	174	154	196	246	183
Österreich	Mill. DM	98	97	64	110	115	50
Schweden	Mill. DM	39	40	41	49	47	23
Spanien	Mill. DM	83	88	86	78	94	72
Portugal	Mill. DM	23	20	22	12	23	37
USA und Kanada	Mill. DM	170	187	194	300	283	136
Japan	Mill. DM	109	80	79	74	72	80
Entwicklungsländer	Mill. DM	251	261	233	232	257	252
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	64	91	116	122	107	150

1) Nach dem Stand vom 1.1.1995.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994				1995			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Einzelhandel²⁾										
Beschäftigte	1986 = 100	99,1	98,1	98,6	98,6	99,0
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	124,2	125,8	127,6	130,3	160,6
Großhandel²⁾										
Beschäftigte	1986 = 100	109,7	108,7	109,5	109,9	109,0
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	123,1	126,0	134,8	136,1	131,9
Gastgewerbe²⁾										
Beschäftigte	1986 = 100	91,6	91,1	92,9	91,5	88,2
Teilbeschäftigte	1986 = 100	94,8	96,9	99,2	99,5	94,5
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	115,6	113,4	134,2	106,1	110,4
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	118,8	114,8	152,1	100,1	99,9
Gaststättengewerbe	1986 = 100	112,8	111,3	121,1	108,9	116,6
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	498	489	779	384	287	800	757	394	...
* Ausländer	1000	106	101	127	66	55	146	118	68	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1736	1717	2586	1273	1054	2639	2599	1212	...
* Ausländer	1000	344	331	386	177	172	435	369	193	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1000 t	1317	1440	1517	1519	1392	1416	1370	1343	...
* Güterversand	1000 t	890	1018	1062	1133	915	1024	852	874	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13351	13592	12318	11728	11096	13009	13695	12746	10521
Krafträder	Anzahl	936	940	323	221	201	519	344	167	134
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11502	11724	11101	10669	10049	11545	12430	11700	9532
* Lastkraftwagen	Anzahl	618	648	659	613	609	681	686	668	594
Zugmaschinen	Anzahl	138	148	143	123	135	152	131	123	169
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1509	1495	1565	1403	1362	1597	1514	1353 ^P	1231 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8073	7751	8369	8080	8181	8090	8045	8122 ^P	8622 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	2046	2041	2198	1946	1885	2150	2000	1799 ^P	1753 ^P
* Getötete	Anzahl	40	38	28	44	38	47	39	29 ^P	34 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	25	24	15	33	23	27	26	21 ^P	26 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	6	4	4	3	5	4	2 ^P	1 ^P
Radfahrer	Anzahl	3	2	2	4	2	7	3	1 ^P	-
Fußgänger	Anzahl	6	4	5	3	9	6	5	5 ^P	6 ^P
Schwerverletzte	Anzahl	533	510	537	496	453	489	453	407 ^P	407 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	311	293	323	307	301	276	243
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	90	86	74	49	28	93	84
Radfahrer	Anzahl	56	56	52	46	24	55	51
Fußgänger	Anzahl	57	55	55	66	86	51	59
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	83	84	67	68	97	101	76	118	90
Angemeldete Forderungen	1000 DM	49827	53368	36313	51658	79999	55842	65048	91207	53761
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	3	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl
* Wechselsumme	1000 DM

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. – 2) Wegen der Berichtsreisneueabgrenzung ist noch kein Nachweis für 1995 möglich.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994				1995			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	112 376	119 477	.	.	119 477	126 168	.	.	128 532
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	110 428	117 459	.	.	117 459	123 981	.	.	126 266
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	20 046	20 750	.	.	20 750	22 175	.	.	22 607
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 205	19 956	.	.	19 956	21 179	.	.	21 468
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	841	794	.	.	794	996	.	.	1 139
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	10 247	9 450	.	.	9 450	10 265	.	.	10 208
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 745	8 431	.	.	8 431	8 622	.	.	8 759
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 502	1 019	.	.	1 019	1 643	.	.	1 449
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	80 135	87 259	.	.	87 259	91 541	.	.	93 451
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	71 424	78 424	.	.	78 424	80 716	.	.	82 581
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 711	8 835	.	.	8 835	10 825	.	.	10 870
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	104 081	106 975	.	.	106 975	108 226	.	.	113 430
* Sichteinlagen	Mill. DM	18 567	19 211	.	.	19 211	17 999	.	.	20 679
* Termineinlagen	Mill. DM	42 122	40 248	.	.	40 248	40 846	.	.	40 541
* Spareinlagen	Mill. DM	43 392	47 516	.	.	47 516	49 123	.	.	52 210
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	3 324	3 370	2 407	3 380	5 159	3 476	2 697	3 251	4 430
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 365	1 369	759	1 422	2 419	1 624	803	1 361	2 467
* Lohnsteuer	Mill. DM	1 053	1 071	811	1 360	1 444	742	850	1 378	1 631
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. DM	187	188	- 6	557	-	- 103	-	535	-
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	123	79	- 119	- 86	528	372	- 106	- 75	506
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	43	55	75	38	73	31	42	17	39
* Zinsabschlag	Mill. DM	32	49	16	85	16	12	16	70	16
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. DM	15	22	-	66	-	-	-	53	-
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	114	115	- 24	26	358	467	2	- 29	273
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	Mill. DM	1	9	-	42	-	-	-	57	-
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 960	2 001	1 648	1 959	2 740	1 852	1 894	1 890	1 963
* Umsatzsteuer	Mill. DM	658	687	711	745	616	651	729	704	744
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 302	1 314	937	1 214	2 124	1 201	1 165	1 186	1 219
* Zölle	Mill. DM	215	214	215	151	295	257	236	250	215
* Bundessteuern	Mill. DM	504	507	427	441	1 080	617	489	514	1 268
Kapitalverkehrssteuern	Mill. DM	0	1	0	0	0	0	0	0	0
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	498	496	418	426	1 072	474	414	443	1 077
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	2	5	5	3	4	137	68	64	184
* Landessteuern	Mill. DM	123	121	88	154	101	87	92	170	99
* Vermögensteuer	Mill. DM	27	23	9	63	9	3	7	78	8
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	61	61	57	52	53	54	55	50	49
* Biersteuer	Mill. DM	7	8	3	8	7	9	9	7	13

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994			1995				
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	674	696	.	.	764	673
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	.	.	8	6
* Grundsteuer B	Mill. DM	124	131	.	.	120	144
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	463	469	.	.	553	453
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	62	69	.	.	67	52
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 345	2 434	1 909	2 371	3 905	2 416	2 000	2 263	3 501
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	594	626	390	655	1 061	728	390	653	1 072
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 241	1 293	1 069	1 276	1 741	1 071	1 098	1 095	1 138
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 002	997	727	1 040	1 515	1 185	814	1 057	1 672
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	585	587	323	607	1 054	716	340	574	1 069
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	284	275	271	278	315	382	309	312	432
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 158	1 166	.	.	1 609	1 040
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	413	397	.	.	420	351
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	534	542	.	.	978	470
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1991 = 100	107,7	110,6	110,9	111,0	111,3	112,8	112,7	112,7	113,0
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	105,4	107,1	107,4	107,2	107,3	108,2	108,1	108,1	108,3
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1991 = 100	110,5	112,8	.	113,6	.	.	.	115,7	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	23,60	24,41	24,60	.	.	.	25,51	.	.
Männliche Arbeiter	DM	24,51	25,27	25,46	.	.	.	26,37	.	.
Facharbeiter	DM	25,91	26,81	27,03	.	.	.	27,98	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	23,56	24,26	24,43	.	.	.	25,31	.	.
Hilfsarbeiter	DM	20,83	21,33	21,52	.	.	.	22,48	.	.
Weibliche Arbeiter	DM	17,78	18,41	18,55	.	.	.	19,23	.	.
Hilfsarbeiter	DM	17,42	17,93	18,04	.	.	.	18,80	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,4	38,8	39,4	.	.	.	38,9	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	38,6	39,0	39,7	.	.	.	39,2	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	36,8	37,3	37,6	.	.	.	37,2	.	.
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 631	5 757	5 792	.	.	.	6 005	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	5 082	5 210	5 243	.	.	.	5 435	.	.
männlich	DM	6 036	6 159	6 200	.	.	.	6 368	.	.
weiblich	DM	4 067	4 166	4 190	.	.	.	4 396	.	.
Technische Angestellte	DM	6 069	6 193	6 234	.	.	.	6 449	.	.
männlich	DM	6 203	6 335	6 375	.	.	.	6 601	.	.
weiblich	DM	4 613	4 689	4 736	.	.	.	4 888	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	4 033	4 207	4 257	.	.	.	4 435	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	4 018	4 193	4 243	.	.	.	4 402	.	.
männlich	DM	4 839	4 978	5 036	.	.	.	5 201	.	.
weiblich	DM	3 346	3 529	3 568	.	.	.	3 720	.	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994			1995				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	65 532	65 859	65 939	65 972	65 992
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	36 884	36 459 ^{p3)}	53 284 ^{p3)}	30 303 ^{p3)}	23 318 ^{p3)}	48 158 ^{p3)}	49 957 ^{p3)}	31 505 ^{p3)}	...
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	66 537	63 821 ^{p3)}	65 388 ^{p3)}	61 758 ^{p3)}	61 196 ^{p3)}	70 835 ^{p3)}	65 614 ^{p3)}	66 573 ^{p3)}	...
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	74 773	73 269 ^{p3)}	67 995 ^{p3)}	73 300 ^{p3)}	71 774 ^{p3)}	69 082 ^{p3)}	65 579 ^{p3)}	71 772 ^{p3)}	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-8 236	-9 448 ^{p3)}	-2 607 ^{p3)}	-11 542 ^{p3)}	-10 578 ^{p3)}	1 753 ^{p3)}	35 ^{p3)}	-5 199 ^{p3)}	...
Arbeitslose	1 000	2 270	2 556	2 452	2 446	2 450	2 543	2 488	2 492	2 536
Männer	1 000	1 277	1 462	1 377	1 374	1 380	1 418	1 390	1 394	1 427
Arbeitslosenquote	%	8,2	9,2	8,8	8,8	8,8	9,2	9,0	9,0	9,2
Offene Stellen	1 000	243	234	241	230	216	277	257	231	215
Kurzarbeiter	1 000	767	275	148	153	150	62	101	122	151
Männer	1 000	615	219	110	113	114	48	77	93	118
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	6 805	6 368	6 365	6 326	6 312
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	565	534	557	540	551
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	151 832	156 137	171 522	159 680	168 695
Auslandsumsatz	Mill. DM	40 783	44 276	48 466	45 202	48 501
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	111	115	123	118	123
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	110	117	123	122	122
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	108	112	124	115	123
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	113	112	123	117	121
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1985 = 100	126	128	134	138	144
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	32 609	32 847	30 555	33 697	34 767	29 237	31 307	33 179	...
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 641	2 757	2 454	2 627	2 977	2 545	2 672
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 080	1 088	1 119	1 110	1 104	1 056 ^{p)}	1 054 ^{p)}	1 077	1 067
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	111	113	132	123	123	107 ^{p)}	113 ^{p)}	121	118
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	14 390	15 266	17 166	17 071	18 416	15 552 ^{p)}	16 041 ^{p)}	16 668	17 779
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	14 657	16 452	15 700	15 900	13 165	13 130	11 172	11 532	9 915
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	11 844	13 191	12 449	12 403	10 044	10 719	8 893	9 260	7 635
Wohnfläche	1 000 m ²	3 315	3 786	3 709	3 889	3 288	2 935	2 658	2 727	2 487
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 678	2 713	2 833	2 848	2 622	2 990	2 620	2 738	2 631
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	43 674	48 878	47 711	51 207	44 563	37 681	34 621	35 515	33 548
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1991 = 100	134,7	134,0	133,6	134,7	140,3	92,8	98,0	96,0	107,0
Gastgewerbe ⁷⁾	1986 = 100	124,8	123,9	137,1	134,3	115,0

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Wegen der Berichtsreiseneuabgrenzung ist noch kein Nachweis für 1995 möglich.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994			1995				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	52 366	57 106 ^P	56 372	60 451	62 548	55 702	62 024
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	30 651	32 955 ^P	32 887	36 320	34 588	30 612	36 897
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 562	3 822 ^P	3 855	4 230	4 120	3 400	4 147
Frankreich	Mill. DM	6 444	6 844 ^P	6 675	7 675	7 396	5 903	7 428
Großbritannien	Mill. DM	4 191	4 563 ^P	4 425	4 857	4 997	4 677	4 930
Italien	Mill. DM	3 956	4 324 ^P	4 391	4 714	4 713	3 375	4 750
Niederlande	Mill. DM	4 027	4 287 ^P	4 490	4 715	4 471	4 328	5 006
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	47 208	50 928 ^P	50 944	53 448	53 775	48 132	53 892
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	26 460	28 227 ^P	28 022	30 548	29 824	25 078	29 256
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 835	3 122 ^P	3 098	3 431	3 058	3 039	3 455
Frankreich	Mill. DM	5 453	5 638 ^P	6 028	5 977	5 736	4 587	5 851
Großbritannien	Mill. DM	2 956	3 178 ^P	3 165	3 389	3 503	3 044	3 271
Italien	Mill. DM	4 015	4 299 ^P	4 078	4 816	4 603	3 734	4 283
Niederlande	Mill. DM	4 163	4 174 ^P	3 751	4 748	4 148	4 025	4 492
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	3 758	4 065	3 957	3 986	4 023	4 203	4 233	4 272	4 317 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 920	3 143	3 083	3 104	3 128	3 187	3 219	3 231	3 259 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	838	922	874	882	896	1 016	1 014	1 041	1 058 ^P
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 511 ¹⁾	2 591	2 522	2 527	2 547	2 580	2 584	2 591	2 639 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	859	941	898	902	907	979	987	997	1 007 ^P
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	46 856	48 752	55 841	39 858	39 136	41 634	56 268	41 420	40 196
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	28 482	28 588	38 197	19 703	18 414	21 194	38 131	19 988	18 983
Lohnsteuer	Mill. DM	21 499	22 210	20 239	20 314	20 233	23 332	21 354	21 498	21 441
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 769	2 126	9 297	- 1 587	- 1 964	- 3 144	8 567	2 246	- 2 665
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	18 025	19 642	17 643	18 917	20 384	19 905	18 135	20 002	20 708
Umsatzsteuer	Mill. DM	14 541	16 272	14 332	15 910	17 016	16 885	15 305	16 989	17 802
Zölle	Mill. DM	603	598	581	585	545	600	614	641	641
Bundessteuern	Mill. DM	7 813	8 791	8 297	8 653	8 552	11 453	11 469	10 370	10 262
Versicherungsteuer	Mill. DM	774	950	547	497	703	1 776	638	625	960
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 020	7 702	7 588	8 058	7 769	7 735	7 682	8 030	7 596
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁵⁾	1985 = 100	99,6	100,9	100,2	100,1	100,4	101,3	101,3	100,6	101,2
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	84,7	86,5	86,1	87,1	87,1	88,5	89,9	84,2 ^P	84,8 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁵⁾	1991 = 100	101,4	102,0	102,0	102,2	102,6	103,9	104,0	103,8	103,8
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1991 = 100	110,1	112,4	-	-	113,1	115,4	-	-	115,2
Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1991 = 100	110,5	112,8	-	-	113,6	115,9	-	-	115,7
Preisindex für den Straßenbau	1991 = 100	107,7	107,9	-	-	108,2	109,2	-	-	108,8
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1991 = 100	107,7	110,6	111,0	110,9	111,0	112,9	112,8	112,7	112,7
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	105,4	107,1	107,4	107,4	107,2	108,4	108,2	108,1	108,1
Bekleidung, Schuhe	1991 = 100	105,9	107,4	107,6	107,7	107,9	108,4	108,6	108,7	108,8
Wohnungsmieten	1991 = 100	111,6	116,7	117,6	118,0	118,3	121,8	122,1	122,4	122,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	102,0	102,2	102,0	102,1	102,0	101,0	101,5	101,1	101,2
Übriges für die Haushaltsführung	1991 = 100	106,2	108,2	108,5	108,5	108,8	110,0	110,1	110,3	110,4
Güter für										
Gesundheits- und Körperpflege	1991 = 100	106,2	108,9	109,2	109,3	109,4	110,6	110,9	111,0	111,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991 = 100	108,5	111,8	112,0	111,8	111,9	113,0	113,3	113,1	113,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1991 = 100	106,5	108,4	108,5	108,8	109,0	109,5	109,9	110,2	110,5
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1991 = 100	113,9	118,5	120,2	118,0	117,5	126,9	123,0	120,8	118,8

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 6) Ohne Baunebenleistungen.

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.